INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

Nr. 471

auswärts 3 DM

2,50 DM

11.3.99



Vorwort

liebe LeserInnen,

äußerst brutal gingen die Berliner Bullen letzten Freitag anläßlich einer Demonstration für die Freiheit der kurdischen Gefangenen vor. Es gab mehrere Festnahmen und Verletzte, wobei sich Werthebachs 24. Hundertschaft besonders hervortat. Der Versuch, das Demonstrationsrecht außer Kraft zu setzen, macht deutlich, daß der Berliner Senat den Ausnahmezustand und seine Desinformationspolitik fortsetzen will. Dies reiht sich ein in die Repressions- und Abschiebepolitik der BRD gegen den kurdischen Widerstand bei gleichzeitiger Unterstützung des NATO-Partners Türkei. Derzeit befinden sich über einhundert türkische und kurdische Gefangene in deutschen Knästen im Hungerstreik.

Wir möchten noch einmal betonen, daß wir bei Veröffentlichungen von Vergewaltigungen eine Beschreibung der Tat nicht für notwendig halten. Nicht notwendig, weil eine Frau eine Vergewaltigung nicht durch detaillierte Beschreibungen zu untermauern braucht. Immer wieder haben Beschreibungen zur Tat die Haltung von Männern gefördert, die Vergewaltigung in Frage zu stellen, und dadurch den Rechtfertigungsdruck der betroffenen Frau zusätzlich erhöht. Nicht die Täterstruktur des Mannes wird in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung gestellt, sondern die Glaubwürdigkeit der Frau wird in Zweifel gezogen.Wir wollen uns aber auch nicht gegen den Wunsch einer Frau hinwegsetzen, ihr Papier so zu veröffentlichen, wie sie es uns zugeschickt hat.

Tschuldigung, die letzte Ausgabe kam etwas verspätet und teilweise fehlte auch noch das eine oder andere Wochenblättchen.

Den Wunsch des SOZ- Menschen können wir leider nicht erfüllen.

Tom Clark bitten wir um Verständnis, daß wir seinen Layout-Vorschlag nicht berücksichtigt haben. Uns beschäftigte bei der Lektüre seines Beitrages die Frage, ob das Existenzgeld pünktlich und unkompliziert auch in milderen Klimazonen in Empfang genommen werden kann.

Inhalt:

Ordner:

- Buchbesprechung „Zwischenberichte"
- Trotzalledem zu Kurdistan
- Abhörtechnik
- Videoüberwachung
- Flüchtlingsrat Berlin
- Mahnmaldebatte
- ARI Münster

Impressum:

HerausgeberIn:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Redaktionsanschrift:
ebenda
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

+++++++++++++auf der diesjährigen 8. März Demo waren ca. 4oo Frauen++++++++++++

FREIHEIT FÜR DIE KURDISCHEN GEFANGENEN

Am 17. 2 wurden in Berlin 3 KurdInnen bei der spontanen Besetzung des israelischen Generalkonsulats von Sicherheitspersonal erschossen, und 17 weitere zum Teil schwer verletzt. Hintergrund war die Beteiligung mehrerer Geheimdienste an der völkerrechtswidrigen Verschleppung des Vorsitzenden der PKK, ABDULLAH ÖCALAN, aus Nairobi in der Nacht vom 15.auf den 16. Februar. Kurz darauf bedankte sich der türkische Ministerpräsident ECEVIT bei den israelischen Behörden für ihre Mitwirkung bei der Ergreifung von ÖCALAN.(info: Inforadio am 17.2.)

Obwohl die Kurden Opfer des wahllos um sich schießenden Sicherheitspersonals waren, wurde von Anfang an über Kurdenterror, Kurdenkrieg, Kurdenhass, Kurdenrache u.s.w. gehetzt.

Tagelang gab es de facto eine Nachrichtensperre. In den ersten Berichten wurde behauptet, die Kurden hätten das Konsulat mit Schusswaffen angegriffen. Die israelischen Sicherheitsbeamten hätten aus Notwehr geschossen. Mittlerweile wurde bekannt, daß mindestens 30 Schüsse ausschließlich von den Wachmännern ohne Vorwarnung abgegeben wurden, auch deutsche PolizistInnen befanden sich im Schußfeld.

Fast alle Print- und TV-Medienberichte suggerierten, dass die KurdInnen für die drei Toten verantwortlich seien. Dabei hatte es sich bei mindestens 10 weiteren Besetzungen von Botschaften und Konsulaten am Vortage in ganz Europa gezeigt, daß es nicht im Interesse der beteiligten KurdInnen lag, Menschen zu verletzen.

Wie bei der massiven Hetze der Medien wurde auch auf seiten der PolitikerInnen der Hintergrund der Geschehnisse, der Krieg in Kurdistan völlig ausgeblendet. Es gab kein Wort des Bedauerns für die Ermordeten. Die rassistische Hetzkampagne gegen die KurdInnen reiht sich ein in die ebenfalls rassistische Hetze, die zuletzt im Zusammenhang mit der Debatte um die „doppelte Staatsbürgerschaft" von PolitikerInnen der „Opposition" und der Regierung losgetreten wird.

Die Ermordung dreier kurdischer DemonstrantInnen wurde zum Anlaß genommen, erleichterte Abschiebung und verschärfte Sicherheitsgesetze zu fordern. Am 9.und 16.3.99 wird beim Bundesverwaltungsgericht in Berlin, Hardenbergstr.31 in Charlottenburg, ein Verfahren stattfinden um zu prüfen, in welchen Fällen „PKK-Anhängern" der besondere Abschiebeschutz wegen politischer Verfolgung versagt werden kann.In Berlin wurde kurzerhand das Grundrecht auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit für 4 Tage ausgesetzt.

Die Durchsetzung des Verbotes glich einer Notstandsübung. Insgesamt waren 3500 PolizistInnen und „BundesgrenzschützerInnern" aus mehreren Bundesländern im Einsatz. Innensenator WERTHEBACH (CDU) forderte die Einführung von mehrtägigem „ASOG". Der innenpolitische Sprecher der CDU, ROLAND GEWALT, forderte die Aufrüstung der Berliner Polizei mit Hartgummigeschossen.

Bundesinnenminister OTTO SCHILY (SPD) forderte die ganze Härte des Gesetzes und Abschiebung in den Folterstaat Türkei. Der grüne Bundestagsabgeordnete CEM ÖZDEMIR bedauerte, daß die Türkei kein Rechtsstaat sei, weil deshalb nicht dorthin abgeschoben werden könne. Bundeskanzler SCHRÖDER erdreistete sich zu sagen: "Wir können es nicht dulden, wenn auf deutschen Straßen Konflikte ausgetragen werden, die nicht unsere Konflikte sind."

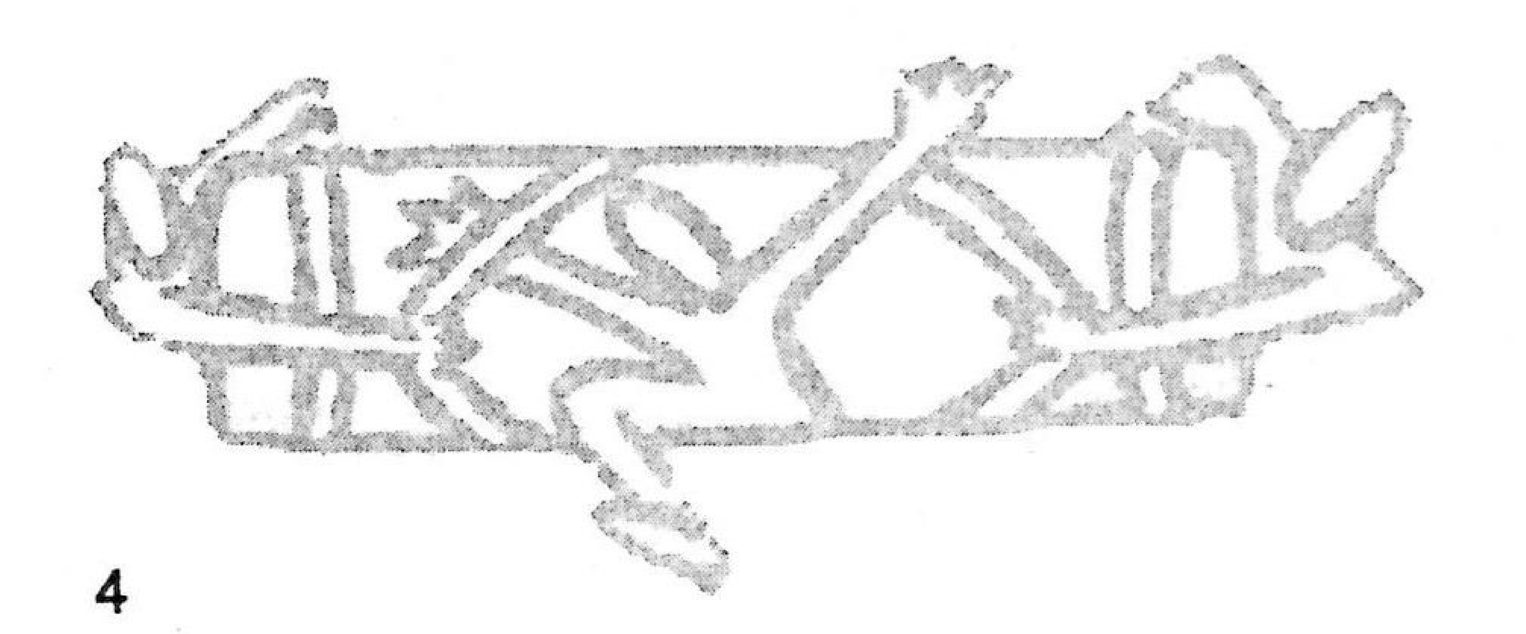
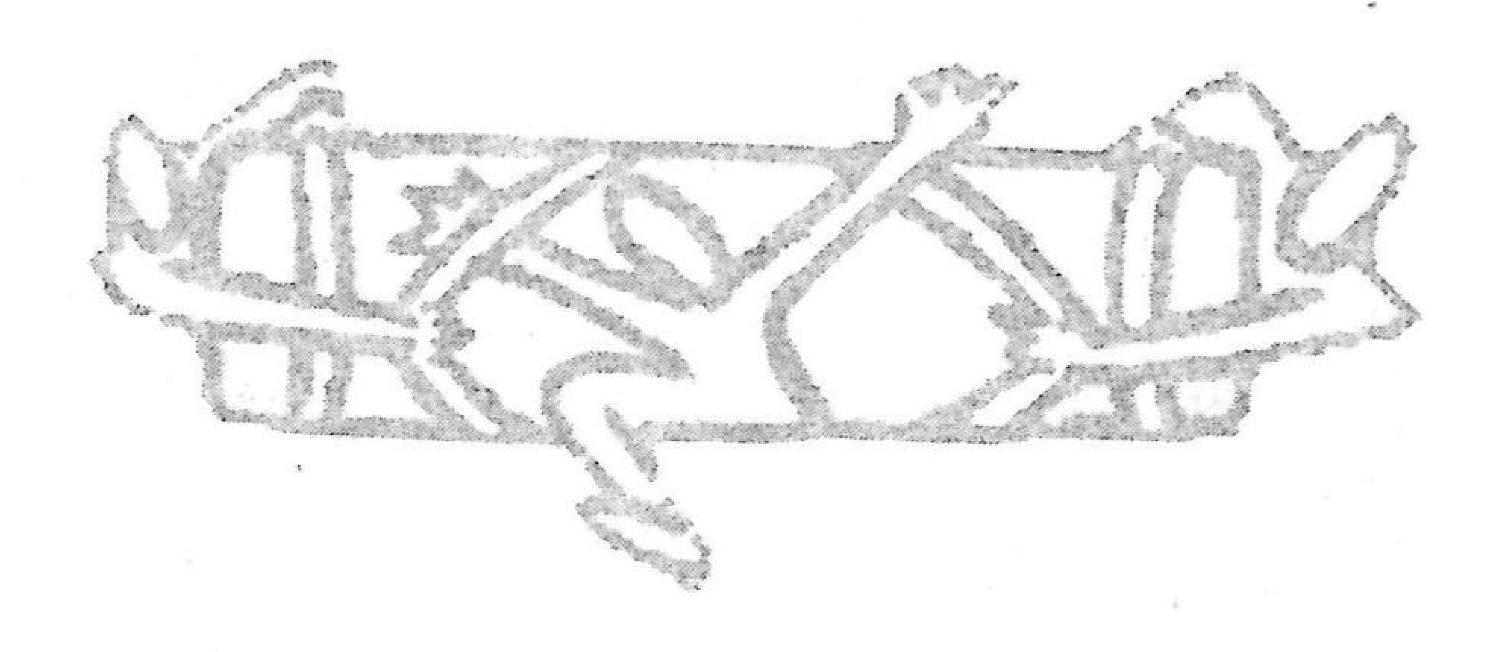
Angesichts der Beteiligung der BRD am Krieg des türkischen Staates gegen die KurdInnen ist das der blanke Hohn: Deutschland ist der zweitgrößte Waffenlieferant des türkischen Regimes, türkische PolizistInnen und Offiziere werden an Polizei- und Bundeswehrführungsakademien ausgebildet. Über Menschenrechtsverletzungen und faschistische Herrschaftsmethoden des NATO- Partners Türkei wird deutscherseits großzügig hinweggesehen. Organisationen und Vereine, die mit dem Widerstand dagegen in Verbindung gebracht werden, unterliegen hierzulande massiver Kriminalisierung. Neben der PKK wurden seit 1993 Dutzende von kurdischen Vereinen verboten. Obwohl bekannt ist, daß KurdInnen, die aus der BRD in die Türkei abgeschoben wurden, trotz anderslautender

Zusagen der türkischen Regierung dort gefoltert, verschleppt und ermordet worden sind, hat Innenminister OTTO SCHILLY den Auftrag bekommen, erneut mit der Türkei über Garantien für Abgeschobene zu verhandeln..
Laut Tsp. Vom 26.2. haben 13 KurdInnen Schußverletzungen erlitten. Neun von ihnen sind noch im Krankenhaus, einer ist am heutigen Samstag an seinen schweren Verletzungen gestorben.
Nach den uns bekannten Informationen gab es in diesem Zusammenhang 32 Haftbefehle, davon wurden 17 gegen Meldeauflagen außer Vollzug gesetzt. Es sitzen noch 15 Leute in Moabit, Kruppstr., Tegel und Grünau. Nach den Festnahmen wurden den Gefangenen Kontakte mit AnwältInnen verweigert, unabhängige DolmetscherInnen wurden nicht zugelassen. Obwohl bekannt ist, daß die offiziellen ÜbersetzerInnen vielfach mit dem türkischen Geheimdienst zusammenarbeiten. Den Gefangenen wurde die Amtssprache deutsch oder türkisch zugemutet, nicht etwa das naheliegendere Kurdisch. Die Identität der Ermordeten, der Verletzten und der Gefangenen wurde tagelang geheimgehalten, die Obduktionsberichte der Ermordeten sind bis heute nicht einmal deren Angehörigen zugänglich. Vor dem Hintergrund eines konstruierten „Anti- Terror"- Einsatzes werden elementarste Grundrechte verweigert!
In der Türkei wurden nach der Verschleppung Öcalans über 2000 kurdische AktivistInnen aus demokratischen Organisationen, wie z.B. der HADEP verhaftet. Den europäischen AnwältInnen Öcalans wurde die Einreise in die Türkei verwehrt, seine AnwältInnen durften an der Anhörung zur Anklageerhebung, bei der die Staatsanwaltschaft die Todesstrafe forderte, nicht teilnehmen. Inzwischen ist einer seiner Anwälte verhaftet worden, als er sich auf dem Weg zu einer Pressekonferenz befand. Ein anderer RA legte am Freitag sein Mandat nieder, weil er nach eigenen Angaben um sein und das Leben seiner Familie fürchtet. ÖCALAN selbst wurde mehrfach unter Drogen gesetzt und in diesem Zustand wie eine Trophäe im Fernsehen vorgeführt. Es ist davon auszugehen, daß er bei den Verhören gefoltert wird. Sicher ist, daß er in Isolationshaft sitzt und ihm durch ständige Verhöre der Schlaf geraubt wird. Der Polizeichef von Istanbul gab Schießbefehl gegen DemonstrantInnen. In vielen Städten der gesamten Türkei kommt es zu bürgerkriegsähnlichen Situationen in den von vertriebenen KurdInnen bewohnten Stadtvierteln. Darüberhinaus gibt es bewaffnete Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften, Anschläge auf Banken und andere Profiteure des Krieges in Kurdistan. Durch ihre völkerechtswidrige Aktion hat die türkische Regierung die Ausweitung des Bürgerkrieges auf die gesamte Türkei erreicht. Direkt nach der Verschleppung Öcalans auf die Zuchthausinsel Imrali überfiel das türkische Militär das Territorium von Nord Irak.

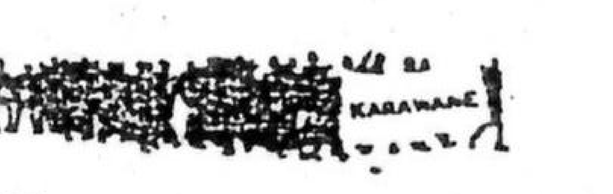
Abschiebung ist Folter, Abschiebung ist Mord!
Keine Abschiebung! Keine Kriminalisierug von berechtigtem Widerstand!
Lückenlose Aufklärung der Ereignisse im und vor dem israelischen Konsulat!
Veröffentlichung der Beweismittel (Videoaufnahmen e.t.c.)!
Weg mit dem Verbot der PKK und der kurdischen Vereine!
Freiheit für Abdullah Öcalan und alle linken politischen Gefangenen weltweit!
Es gibt eine Waffe gegen Repression: Solidarität!

Gemeinsames Antirepressionsbündnis, 27.02.1999
Mansteinstr. 10; 10783 Berlin
Büro: Dienstags, 16 bis 19 Uhr
Fon/Fax (030) 217 55 174
Spendenkonto: Rote Hilfe e.V. Konto Nr.718950600,
Stichwort Antirepression, Berliner Bank, BLZ 10020000

ViSdP: K . Schultz; Waldemarstr. 33; 10999 Berlin

KARAWANE Für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen



Wir sind heute hier, weil wir uns mit dem kurdischen Volk solidarisieren.

In Kurdistan herrscht Krieg

In den letzten Jahren wurden hunderte von Dörfern zerstört, tausende von Menschen ermordet und über 3 Millionen vertrieben. Der Widerstand der kurdischen Bevölkerung und ihr Kampf um Selbstbestimmung ist berechtigt.

Nach der Entführung und Verschleppung Abdullah Öcalans durch den türkischen und amerikanischen Geheimdienst triumphiert die türkische Regierung. Sie hat eine neue militärische Offensive in Kurdistan gestartet. In den letzten Tagen wurden in der ganzen Türkei Tausende von Menschen aus demokratischen Organisationen (wie z.B. der HADEP) verhaftet.

Die deutsche Regierung ist mitverantwortlich für diesen Krieg !

Sie unterhält seit Jahren beste wirtschaftliche und militärische Beziehungen mit der türkischen Regierung. Die BRD ist nach der USA der zweitgrößte Waffenlieferant der Türkei. Allein in den letzten Jahren wurden Waffen im Wert von 3,6 Milliarden DM an die türkische Armee verschenkt.

In vielen Städten der BRD haben Zehntausende von Kurdinnen und Kurden gegen die Festnahme Öcalans protestiert. Deutsche Politiker empören sich verlogen, daß dieser Konflikt hier "auf unseren Straßen" ausgetragen wird. Die Medien haben es geschafft, tagelang darüber zu berichten, ohne die Situation in Kurdistan überhaupt zu erwähnen. Nach jahrelangen erfolglosen Protesten wird die angestaute Wut und Verzweiflung nun als Terror diffamiert.

Es gibt kein Mitgefühl, kein Bedauern, kein Verstehen.

Wir kritisieren die Presse, die eine Bedrohung des deutschen Staates heraufbeschwört und die Kriminalisierung der KurdInnen unterstützt. Sie berichtet über das Massaker vor der israelischen Botschaft als hätten kurdische Menschen 3 Leute erschossen und viele verletzt und nicht umgekehrt.

Wir fordern:

- **die lückenlose Aufklärung der Vorfälle in und vor dem israelischen Konsulat**
- **sofortige Einstellungen der Waffenlieferungen an die türkische Armee**
- **keine Abschiebung in den Folterstaat Türkei**
- **Schluß mit der Kriminalisierung von Kurdinnen und Kurden**

Wir unterstützen die Forderung des kurdischen Volkes nach Selbstbestimmung

Exporteure des Todes

Aktuelle Beihilfe deutscher Rüstungs-Konzerne für das Folterland Türkei

- **Fa. Mercedes Benz,** (22% Deutsche Bank AG, 13% Emirat Kuwait, Streubesitz mit 500.000 Aktionären):

Jahr: 1996. *Waffensystem*: Unimog. *Anzahl*: 590. **Kosten**: Hermesbürgschaft der Bundesregierung über 48,8 Mio
Über Teillizensierung durch den Unternehmensbereich AEG. ermöglicht der Daimler Benz Konzern der Türkei den Bau von Stingerabwehrraketen

- **Fa. Dasa,** (100% Daimler Benz;Eigenständiger Geschäftsbereich)

Produktion von Lenkflugkörpersystemen (MILDS AN'AAR-60 und Panzergehäuse- und Motoren.

- **Fa. Eurocopter,** (deutsch-französisches Konsortium; 40% Daimler Benz)

Jahr: 1998. *Waffensystem*: Kampf- und Transporthubschrauber Cougar AS 532, *Anzahl*: 30 Stück, *Kosten*: 450 Mio US $

- **Fa. Krauss Maffai AG, München** (96% Mannesmann):

Jahr: seit 1997 , *Waffensystem*: Leopard 1 und 2 Panzer (in Co-Produktion), *Anzahl*: 1.000, ***Kosten:*** 3 Milliarden US $.

- **Fa. Blohm und Voss** (86,6%Thyssen, Rest Aktionäre):

Jahr: 1998 , *Waffensystem*: Fregatte („Salihreis", Zerstörer), 2 weitere in Bau (Fertig-stellung Nov. 1999) , *Anzahl*: 3, ***Kosten:*** pro Schiff DM 420 mio.

- **Fa. Lürssen Werft, Bremen** .

Jahr: 1997-1999, *Waffensystem*: Patrouillien-Schnellboot (TCG KILIC P330) plus High-tech-Elektronik zur Eigenproduktion, *Anzahl*: Eine Korvette(kleines Kriegsschiff), Zwei Korvetten werden unter Lürssen-Beteiligung in der Taskizak-Werft in Istanbul fertiggestellt.

- **Fa. Howaldswerke deutsche Werft AG** (100% Preussag)Deutsches U-Boot-Konsortium mit Thyssen und Ferrostaal

Jahr: 1998, *Waffensystem*: U 212, ***Anzahl:*** 4, ***Kosten:*** 556 Mio US $
Jahr: 1998/99, *Waffensystem*: U 209, ***Anzahl:*** 2. ***Kosten:*** 237 Mio US $

- **Rheinmetall AG** (Famillie Röchling)

Über Lizenzverträge ermöglicht Rheinmetall AG der Türkei die Produktion von Maschinengewehren des Typ MG3. Außerdem Lieferung von verschiedenen Monitionsarten.

- **STN AE** (100% Rheinmetall AG)

Produziert für alle aus deutscher Produktion hervorgehenden Marineschiffe die System- Navigations-, Kommunikations-, und Simulationstechnik.

- **Heckler und Koch** (100% Royal Ordnance; britische Aerospacetochterfirma)

Über Lizenz verträge ermöglicht Heckler und Koch der Türkei die eigene Produktion von den Gewehren G3A7,G3A4 und G3A3, den Maschinengewehren MP5 und MP5K in MKEK-Fabriken. Außerdem liefern sie Polizei- und Spezialeinheitengewehre des Typs G3/SG/1 sniper rifle , PSG1, HK 53, G8, G36 und G36K an die Türkei.

Rüstungsexporte stoppen. Waffenlieferanten bekämpfen!

V.i.S.d.P.: W. Affe, Siemensdamm 2, Berlin

ACHTUNG VERGEWALTIGER !!!

FLORIAN JÜRGENSEN ;
LIBAUERSTRASSE 7 ; SF 3. STOCK ;
20 JAHRE ALT UND AKTIVES MITRGLIED
DER ANTIFASCHISTISCHEN AKTION
BERLIN
IST EIN VERGEWALTIGER !!!

FLORIAN HAT MICH IM DEZEMBER 1998 VERGEWALTIGT !!!!
OBWOHL ICH IHM MEHRMALS GESAGT HABE ,DAß ICH NICHT MIT IHM SCHLAFEN WILL , HAT ER MICH GEFICKT .
HINTERHER FRAGTE ER , OB ICH DAS ALS VERGEWALTIGUNG ANSEHE UND DAß ES DOCH IN ORDNUNG SEI , MIR TROTZ EINES NEIN LUST ZU MACHEN .
ES IST EINE VERGEWALTIGUNG , FLORIAN !!!!!!
ES IST IN KEINSTER WEISE OK EINER FRAU "LUST MACHEN" ZU WOLLEN , UND ERST RECHT NICHT WENN DIE FRAU NEIN GESAGT HAT !!!!!
ICH HALTE MEINEN MUND NICHT , UND ICH MACHE ES ÜBERALL ÖFFENTLICH !!!!

**FLO VERPISS DICH !!!!!!!!!!!
LAß DICH JA NICHT MEHR BLICKEN !!!!**

FALLS DOCH , WERDE ICH MEINER FORDERUNG "NACHDRUCK" VERLEIHEN !!!!

IN HASS UND WUT
EINE FRAU DIE NICHT MEHR SCHWEIGT !!!!

**FRAUEN PASST AUF;
BEWAFFNET EUCH;
SCHLAGT VERGEWALTIGERN UND SEXISTENSCHWEINEN AUF DIE FRESSE !!!!!!!!!**

Zum Umgang der Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB) mit der Vergewaltigung

Mittlerweile dürfte es sich herumgesprochen haben: Ein Mitglied der AAB hat eine Frau vergewaltigt. Seit der Öffentlichmachung durch die betroffene Frau kursieren in der Berliner Szene sich zum Teil widersprechende oder einfach nur beschissene Äußerungen zu der Vergewaltigung. Insbesondere den Umgang der AAB mit der Vergewaltigung und dem Vergewaltiger halten wir für mehr als problematisch.

Wir haben mitbekommen, daß nach Bekanntwerden der Vergewaltigung der Täter nicht sofort rausgeschmissen wurde. Stattdessen wurde auf einem Sonderplenum der Vorwurf der Vergewaltigung ersteinmal erörtert. Bereits hier beginnt die Infragestellung des allein bei der betroffenen Frau liegenden Definitionsrechts über die Vergewaltigung. Die Entscheidung, ob eine Grenzüberschreitung stattgefunden hat, liegt allein im subjektiven Ermessen der betroffenen Frau.

Völlig inakzeptabel ist, daß nach Bekanntwerden der Vergewaltigung die AAB von einem sofortigen Rausschmiß abgesehen hat und dem Täter auf einem Sonderplenum die Chance gegeben werden sollte, die Vergewaltigung aus seiner Sicht zu schildern. Wenn der von der Frau klipp und klar als Vergewaltigung bezeichnete Akt auf dem Sonderplenum durch alle Anwesenden zum Gegenstand einer objektiven Erörterung gemacht werden soll, wird der betroffenen Frau schlichtweg die Definitionsmacht genommen. Dies geschieht allein schon dadurch, daß alle Anwesenden mitdefinieren dürfen, was geschehen ist. Die Definitionsmacht nicht in Frage stellen, hieße demnach konkret: der sofortige Rausschmiß des Vergewaltigers. Damit wird aber eine weitere Auseinandersetzung mit dem Täter nicht hinfällig, sondern muß auf alle Fälle von der AAB als einem Teil seines politischen und sozialen Umfelds geleistet werden.

Das Frauenplenum der AAB hat die vergewaltigte Frau zu einem Gespräch eingeladen. Gesprächsbedarf bestand für das Frauenplenum der AAB bezüglich der Frage, was die betroffene Frau denn unter einer Vergewaltigung verstehen würde. Dieses Gesprächsangebot hat die Frau zu recht abgelehnt, und zwar nicht wie aus Kreisen der AAB zu hören war mit der Begründung, sie diskutiere grundsätzlich nicht mit Frauen aus „gemischten Zusammenhängen", sondern weil sie sich nicht durch eine allgemeine Erörterung in Frage stellen lassen wollte.

Mit dem Verweis auf den internen Diskussionsprozeß hat die AAB einen Frauenzusammenhang von dem Sonderplenum ausgeschlossen. Sie durften zwar ihre Forderungen stellen, der weitere Verlauf der Auseinandersetzung innerhalb der AAB wurde ihnen aber nicht transparent gemacht. Um derartige Schutzräume zu verhindern, in denen die Infragestellung der betroffenen Frau fortgeführt werden kann, hätte dem Frauenzusammenhang die Teilnahme nicht versperrt werden dürfen. Stattdessen befördern solche hermetisch abgeriegelten Schutzräume unhaltbare Überlegungen: von einer gescheiterten Beziehung zwischen dem Täter und der Frau ist die Rede, Eifersucht demnach der Treibsatz der entstandenen Situation; prinzipielle Ablehnung der AAB in dem politischen Umfeld der betroffenen Frau ein anderes Motiv. Durch das Aufkommen solcher und ähnlicher abwegiger Überlegungen wird die eigentliche Täterrolle der betroffenen Frau zugeschrieben.

Fraglich ist außerdem, wie sich die AAB-Männer bei der ganzen Auseinandersetzung verhalten haben. Wie wurde denn die Auseinandersetzung unter den AAB-Männern im Vorfeld des Sonderplenums geführt? Nach aktiver Mitübernahme von Verantwortung in dem Umgang mit der Vergewaltigung sieht es von außen zumindest nicht aus.

Zum Kotzen finden wir im übrigen auch einige Reaktionen aus der Szene auf die Öffentlichmachung der Vergewaltigung. Insbesondere Männer störten sich dabei an Form und Ausdruck des Flugblattes. Die Vergewaltigung selbst wird dabei vollkommen ausgeblendet.

Liegen wir mit unseren Einschätzungen völlig daneben?

gruppe Venceremos

Kampf dem rassistischen und sexistischen Normalzustand! Widerstand ist nötig!

Aufruf zur bundesweiten Demonstration gegen den Frauenabschiebeknast in Neuss am 12.Juni um 12 Uhr, Treffpunkt Bahnhof.

In Neuss (NRW) befindet sich seit 1993 der bundesweit einzige Frauenabschiebeknast. Eingeführt unter einer SPD-Landesregierung, die in Sachen Abschiebung und Abschiebeknäste Vorbild für die anderen Bundesländer war, hat sich daran auch unter rot-grüner Herrschaft erwartungsgemäß nichts geändert.
Der Knast befindet sich mitten in der Stadt Neuss, wenig spektakulär und unauffällig. Zwischen 70 und 90 Frauen sind hier in Zweier- und Sechserzellen eingesperrt, oft Frauen unterschiedlicher Herrkunft in einer Zelle, so das eine Verständigung schwierig ist. Die medizinische Versorgung ist unzulänglich und wird nur durch einen männlichen Sanitäter erbracht, die Frauen haben keinen freien Zugang zu Telefonen und Besuche sind stark eingeschränkt. Meist ohne Informationen über ihr Verfahren und ihre Rechte ist für sie die Dauer der Haft, an deren Ende in der Regel die Abschiebung steht, nicht absehbar. Zur Zeit sind überwiegend Frauen aus Osteuropa, zur Hälfte aus der ehemaligen Sowjetunion inhaftiert, aber auch aus einigen afrikanischen Ländern wie Ghana und Nigeria, aus Syrien, der Türkei und Tunesien, aus Thailand und Lateinamerika.

Aus eigenem Entschluß und/oder gezwungenermaßen haben sie ihr Zuhause, ihren Sprachraum und ihre Freunde und Familien verlassen. Sie sind geflohen vor Kriegen und geschlechtsspezifischer Armut (Frauen leisten weltweit 2/3 der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, erhalten aber nur 10% des Welteinkommens und 1% des Weltvermögens, arbeiten meist in ungesicherten Arbeitsverhältnissen), aber auch vor Verfolgung wegen eigener politischer Aktivitäten und Widerstands. Sie haben Arbeit, ökonomische und politische Sicherheit gesucht. Sie sind als Ehefrauen deutscher oder in Deutschland aufenthaltsberechtigter Männer gekommen. Sie haben die Kraft und den Mut aufgebracht, sich gegen Angriffe auf ihre körperliche Unversehrtheit und ihr Selbstbestimmungsrecht als Frau, wie Zwangsheirat, Genitalverstümmelung, Lesbenverfolgung, Berufsverbote und Kleidervorschriften zu wehren und zu fliehen.

Doch auch hier ist das Leben vieler Migrantinnen durch ein spezifisches Zusammenwirken von Rassismus, Sexismus und Ausbeutung gekennzeichnet. Das beginnt damit, daß sie zunehmend gezwungen sind, illegal in die abgeschottete BRD einzureisen. Dabei sind sie auf Fluchthelfer angewiesen, mit dem Risiko, von diesen finanziell und auch sexuell ausgenutzt zu werden. Es setzt sich fort in einer Asylpraxis, die Frauen in der Regel nicht als asylberechtigt anerkennt, da ihre Fluchtgründe ignoriert und entpolitisiert werden. Kommen Migrantinnen als Ehefrauen, sind sie in höchstem Maße dem Ehemann ausgeliefert, da ihre Aufenthaltsrecht über Jahre von ihm abhängt.
Flüchtlingsfrauen werden per Gesetz gezwungen, in Lagern und Sammelunterkünften zu leben, was die Gefahr sexueller Belästigung erhöht. Haben sie Familie, so sind es in der Regel sie, die mit einem für Flüchtlinge massiv gekürzten Sozialhilfesatz oder z.B. Essenspaketen die Versorgung von Ehemann und Kindern hinkriegen müssen. Die rigide gesetzliche Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten von Migrantinnen läßt den Frauen häufig nur die Möglichkeit, „illegal" und/oder unter extremen Ausbeutungs- und Abhängigkeitsbedingungen zu arbeiten. Für viele Frauen ist die Arbeit als Prostituierte oft die einzige Möglichkeit des Geldverdienens.
Auf Ämtern, bei Polizei und Justiz müssen Migrantinnen immer mit rassistischen/sexistischen Schikanen und Demütigungen rechnen. Wenn sie sich zur Wehr setzen, haben sie nicht nur die staatliche Gewalt gegen sich. Denunziation und nachfolgende Abschiebung haben sich bewährt, um illegalisierte Migrantinnen, die nicht nach Belieben des Chefs oder der Chefin arbeiten wollen, Sexarbeiterinnen, die sich weigern, nach den Regeln des Geschäfts zu funktionieren, oder Ehefrauen, die sich gegen ihren Mann wehren, 'elegant' loszuwerden.

Wir fordern deshalb:
- **Eigenständiges Aufenthaltsrecht für Flüchtlingsfrauen und Migrantinnen**
- **Anerkennung sexistischer Verfolgung und sexualisierter Gewalt als Asylgrund**

Die rassistischen und sexistischen Gewaltverhältnisse durchdringen alle gesellschaftlichen Bereiche und Zusammenhänge, die eigenen eingeschlossen. Jeder und jede Deutsche kennt das: Die 'putzende Schwarze' in der U-Bahn, die 'philippinische Schönheit' an der Seite eines deutschen Mannes in den besten Jahren, die Sexanzeigen in der Zeitung und „daß bei Schulzes 'ne Polin putzt, soll studiert sein, was mit Kunst". Migrantinnen ständig in solchen 'Positionen' wahrzunehmen, prägt auf die Dauer den Blick: Eine schwarze Busfahrerin oder eine Romafrau hinter dem Bankschalter würden auffallen, eine putzende Ausländerin erstaunt niemanden.
Die alltägliche Erfahrung, Migrantinnen vor allem da anzutreffen, wo es darum geht, deutschen Dreck wegzumachen oder deutschen Männern zur Verfügung zu stehen, entwickelt und verstärkt den Sexismus/Rassismus in den Köpfen: Daß „Ausländer sich das gefallen lassen (müssen)" und "man das alles mit (zumindest manchen) Frauen machen kann", bewirkt nämlich zweierlei: Zum einen werden die Bilder von eigener Überlegenheit gegenüber Schwarzen/Frauen als soziale Erfahrung bestätigt. Zum anderen bieten sich für alle immer mehr Möglichkeiten, die Unterdrückung und Ausbeutbarkeit von Migrantinnen auch persönlich immer selbstverständlicher zu nutzen. So wird es immer normaler, daß Leute mit etwas mehr Geld eine 'zuverlässige Ausländerin' als Putzhilfe haben, daß Alternativbetriebe AusländerInnen als günstige Aushilfskräfte benutzen ...
Auch wenn Migrantinnen oft darauf angewiesen sind, auf diese Weise Geld zu verdienen, so ist die Aussage „die sind doch froh, ein paar Mark zu verdienen" zynisch und verdeutlicht nur die Verinnerlichung der zugrundeliegenden Ausbeutungsverhältnisse.
Die Allgegenwärtigkeit dieser Bilder und Erfahrungen untergräbt Vorstellungen von einem Leben gemeinsam mit anderen, ohne Unterdrückung und Ausbeutung. Auch deshalb ist aktive Solidarität mit Migrantinnen und eine entschiedene Politik gegen die herrschenden Gewaltverhältnisse gefordert.

Die gemischtgeschlechtlichen antirassistischen Gruppen haben die spezifische Situation von Flüchtlingsfrauen und Migrantinnen bisher kaum wahrgenommen, wenn dann meist nur als politische Pflichtübung. 'Erfolgreich' konnte so die ansonsten erforderliche Diskussion über das Zusammenwirken von staatlicher Gewalt, Rassismus und Sexismus vermieden werden. Im Kampf gegen Staat und aggressiven Rassismus wurde dir direkte und strukturelle Unterdrückung von Frauen wieder einmal ignoriert. Vor diesem Hintergrund fordern wir daher insbesondere von den Männern, sich in diese Auseinandersetzung zu begeben und daraus auch Konsequenzen für ihr Verhalten auf der Demo zu ziehen.

Wir rufen in diesem Jahr zu einer bundesweiten Demonstration gegen den Frauen-Abschiebeknast in Neuss auf, um den Frauen dort unsere Solidarität und Verbundenheit zu zeigen.
Wir rufen dazu auf, gegen die rassistischen und sexistischen Gewaltverhältnisse in Gesellschaft und Staat zu demonstrieren. Laut, entschieden und phantasievoll!

- **Kampf dem rassistischen und sexistischen Normalzustand!**
- **Weg mit allen Sondergesetzen gegen MigrantInnen und Flüchtlinge!**
- **Schluß mit Abschiebungen!**
- **Weg mit den Abschiebeknästen!**
- **Grenzen auf für alle!**



!! Es wird auf der Demo einen Frauen/Lesben-Block geben !!

Es ruft auf: Vorbereitungspleneum Demo Neuss

Um diese Auseinandersetzung schon im Vorfeld der Demo anzustoßen haben wir eine Broschüre zum Frauenabschiebeknast Neuss gemacht. Themen u.a.: Lebenssituation von Migrantinnen in der BRD, Flucht- und Migrationsgründe, Debatte um die Verknüpfung von Rassismus und Sexismus.
Sie kann bestellt werden bei: Infoladen Anschlag, Stichwort Neuss, Heeper Str. 132, 33607 Bielefeld (5 DM +1.50 DM Porto in bar oder Briefmarken, Sammelbestellungen auch gegen Rechnung).

AUFRUF GEGEN DEN EU-GIPFEL IN BERLIN AM 24./25. MÄRZ

Am 24./25. März 1999 versammeln sich im Hotel Interconti die Staats- und Regierungschefs der EU-Länder zu einem Zwischengipfel. Damit wird Berlin einmal mehr zum Schauplatz eines Aktes symbolischer Politik: Nach dem Willen von Schröder und Fischer soll statt des hundertsten Abkommens von Brüssel ein „Berliner Pakt" in die Geschichte eingehen. Anders als so oft behauptet wird, geht es dabei nicht um die "EU-Integration", sondern es werden knallharte Macht- und Kapitalinteressen verhandelt.

Ende der Bescheidenheit
Gipfel stürmen
Köln Juni 99
Berlin März 99

Im Rahmen der AGENDA 2000 wird über die zukünftige Finanzierung der EU-Agrarsubventionen verhandelt. Diese Subventionen sorgen nicht zuletzt dafür, daß - im Widerspruch zum hochgelobten freien Welthandel - Agrarprodukte aus Nicht-EU-Staaten auf dem europäischen Markt keine Chance haben. Gleichzeitig drückt die subventionierte EU-Massenware die Preise auf dem Weltmarkt und zerstört so landwirtschaftliche Strukturen weltweit.

Für die deutsche Regierung hängt an der Neuordnung des EU-Agrarfonds aber noch viel mehr: Schon heute verschlingt der Fonds die Hälfte des EU-Etats, die von den Deutschen forcierte Osterweiterung ist ohne entsprechende Umstrukturierungen nicht zu finanzieren. Für die deutschen Multis, die europaweit am meisten von der EU profitieren, steht die Osterweiterung aber ganz oben auf der Tagesordnung.

Die überwiegend durchkapitalisierte und hochindustrialisierte deutsche Landwirtschaft wird die Subventionskürzungen vergleichsweise gut überstehen. Viel dramatischer werden die Auswirkungen in anderen EU-Staaten sein, in denen noch personal-, aber weniger kapitalintensive Landwirtschaft betrieben wird. In den derzeitigen Verhandlungen geht es aber nicht um eine Angleichung der Existenzbedingungen der LandwirtInnen oder gar um qualitative Verbesserungen der Produktionsweise, sondern ausschließlich darum, die deutschen EU-Zahlungen zu senken.

Mit der AGENDA 2000 sollen außerdem einige Veränderungen in den Gremien der EU durchgesetzt werden. Ziel sind dabei allerdings nicht einmal geringste Ansätze von Demokratisierung. Der Europäische Rat und die Europäische Kommission werden weiterhin ohne parlamentarische Kontrolle ihre Beschlüsse fassen und durchsetzen können. Im Hinblick auf die Osterweiterung sollen die geplanten Änderungen lediglich die Handlungsfähigkeit der mächtigen EU-Staaten, insbesondere die der BRD, sichern.

Wohin die Reise im Euroland geht, haben die Vorbereitungen für den Start des Euro EU-weit gezeigt: Die mit den Konvergenzkriterien erzwungenen Kürzungen der Haushalte haben überall die sozial Schwachen bezahlt, während immer größere Konzerne wachsende Gewinne einfahren.

Gleichzeitig sind für Flüchtlinge die Mauern der Festung Europa fast unüberwindlich geworden. Die EU-Gesetze zur Asylpolitik haben zusätzlich die Schwellen für den Aufenthalt in Europa so hoch gelegt, daß nur die wenigsten an einen legalen Aufenthaltsstatus kommen können.

Als Höhepunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft findet am 2./3. Juni 1999 in Köln der halbjährliche EU-Gipfel statt. Zur Gegendemonstration am 29. Mai wird europaweit mobilisiert. Zeigen wir den Regierungschefs schon in Berlin, daß sie ihre Politik nicht ungestört ausbaldowern können!

Dieses Europa, wie und auf wessen Kosten es durchgesetzt wird, wollen wir nicht - was nicht heißt, daß wir die Nationalstaaten oder die D-Mark verteidigen wollen!

Gegen Abschottung und rassistische Hetze!

Für offene Grenzen und gleiche Rechte weltweit!

Von Gipfel zu Gipfel, blick nach vorn, tritt die Pedale im Zorn!

Mi. 24. März

Start um 16.30 O-Platz

Abschlußkundgebung: 18.00 Breitscheidplatz

Berliner-Gipfel-StürmerInnen Plenum 4.3.99

ViSdP: P. Klos, Feldstr.27a,12207 Berlin



kein
mensch
ist
illegal

Gleiche Rechte für alle –
Gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

In der Bundesrepublik leben ca. 7,5 Millionen Menschen, denen die elementarsten staatsbürgerlichen Rechte bis heute verweigert werden. Viele von ihnen wurden vor Jahrzehnten von deutschen Unternehmen und Behörden angeworben. Längst ist die Bundesrepublik ihr ständiger und fester Wohnsitz. Seit langem besitzen bereits über zwei Millionen Menschen die doppelte Staatsbürgerschaft – Anlaß für aufgeheizte Debatten war das bisher nicht.

Die Landtagswahl in Hessen hat gezeigt, daß es in Deutschland - sechzig Jahre nach der Reichspogromnacht – noch immer möglich ist, durch das Abrufen rassistischer Stimmungen Wahlen zu gewinnen. Die Ausgrenzungskampagne der Union schließt an die Stimmungsmache gegen „Asylanten" von 1992 an, in deren Ergebnis das Asylrecht abgeschafft und Flüchtlingsheime angezündet wurden. Selbst die tödliche Menschenjagd auf den Flüchtling Omar ben Noui am 13. Februar 1999 in Guben veranlaßte in der Union niemanden, über den Abbruch der Kampagne auch nur nachzudenken. Das Nachgeben von SPD und Bündnis 90/ Grüne leistet der Ausgrenzungspolitik der Union Vorschub. Darüber hinaus werden die jüngsten Proteste kurdischer Organisationen bis weit in die Sozialdemokratie zum Anlaß genommen, öffentlich weitere Verschärfungen der AusländerInnengesetzgebung zu fordern und nach „schnellen Abschiebungen" - selbst in die folternde Türkei - zu verlangen.

Auch der Regierungsentwurf zur „doppelten Staatsbürgerschaft" betrachtet diese als Privileg und verbindet sie mit für „Deutsche" herkömmlichen Rechts undenkbaren Auflagen: Wirtschaftlicher Erfolg, Straffreiheit und unbedingte politische Zuverlässigkeit. Um „Gleiche Rechte für Alle" ging es auch hier nicht.
Allerdings würde dieser Entwurf erstmals territorialrechtliche Elemente im deutschen Staatsbürgerschaftsrecht verankern und dieses damit an internationale Standards annähern.

Deutschland ist seit langem ein Einwanderungsland. Unsere Gesellschaft ist eine multikulturelle. Erleichterte Einbürgerung und doppelte Staatsangehörigkeit fördern das Zusammenleben aller in Deutschland Lebenden.
Wir fordern deshalb, das bestehende „Blutsrecht" zugunsten einer territorialrechtlichen Regelung zu streichen. Wir wenden uns gegen die praktizierte Abschiebepolitik und jede Verschärfung der AusländerInnengesetze.
Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung muß gerade in der gegenwärtigen Situation durch ein starkes gesellschaftliches Gegengewicht begegnet werden!

DEMONSTRATION

Gleiche Rechte für alle - gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit!

Sonntag 21. März 1999
Treffpunkt: Spreewaldplatz, 13 Uhr.

(U-Bahnhof Görlitzer Bahnhof)

<u>ErstunterzeichnerInnen:</u> ADA e.V.; Internationale Liga für Menschenrechte; Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE); JungdemokratInnen/Junge Linke (JD/JL); Antifaschistische Initiative Moabit (AIM); AG two in one - Lesben-, Schwule- und Transenpolitik bei der PDS Berlin; Linksruck, GewerkschafterInnen gegen Faschismus und Rassismus; DIDF - Berlin; Antifaschistische Gruppe im Prenzlauer Berg (Agip); Euro Marsch; AMOK, Infoladen BAOBAB; EMEK Berlin; Antidiskriminierungsbüro e.V.; Internationale Sozialistische Organisation (ISO); KARAWANE für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen; Antifa Jugendaktion Schöneberg (AJAS); Antifa Jugendaktion Kreuzberg (AJAK); Sozialistische Initiative/ Sozialistische Liga (SI/SL); Revolutionäre Jugend Köpenick (RJK); Arbeitskreis Internationalismus der IGM Berlin; BdK 8. Mai e.V.; IG Medien Berlin - Brandenburg

ViSdP: R. Hantke, Rosa-Luxemburgstraße 19,10178 Bln





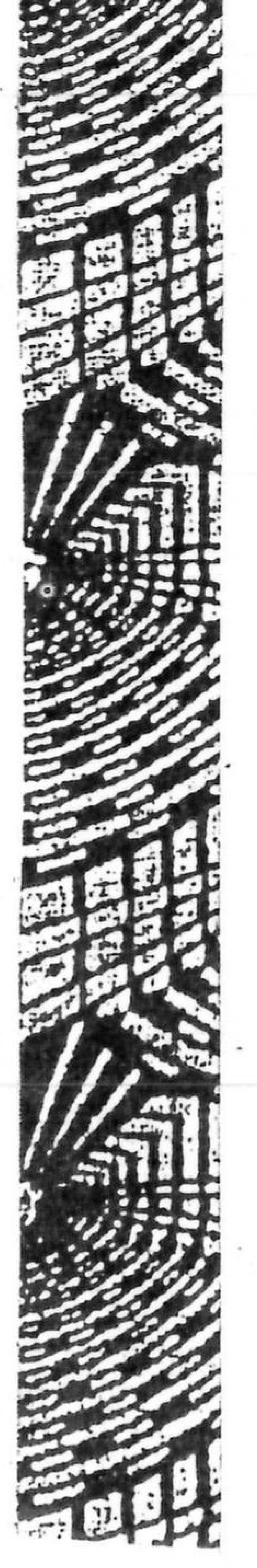
Anschlag auf das Leben von Flüchtlingen:
Das Asylbewerberleistungsgesetz

In Großer Koalition von CDU/CSU, FDP und SPD hat der Bundestag am 25.6.1998 die zweite Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes verabschiedet, mit dem die Sozialämter ermächtigt werden, Flüchtlingen jegliche soziale Leistungen zu verweigern.
Das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) und wiederum die erste Änderung von 1997 schafften bereits die härteste Sondergesetzgebung für Flüchtlinge, da sie - aufgrund des Arbeitsverbots auf staatliche Leistungen angewiesen - keinen Anspruch auf das sozialstaatliche Existenzmininimum haben. Also schon vor der 2. Novelle 1998 bedeutete das AsylbLG, daß Flüchtlinge, die hier Schutz vor Verfolgung suchen, in ein Leben weit unter die Armutsgrenze gezwungen werden. Die Sozialämter kürzen ihnen um 25 Prozent die Sozialhilfe, enthalten ihnen Bargeld vor und schränken das Recht auf medizinische Versorgung massiv ein.



Doch der herrschenden Politik, angetrieben vom rassistischen Leitbild eines abgeschotteten, "flüchtlingsfreien" Staates, war dies alles noch nicht genug; für das Ziel der "Abschreckung" sollten auch die letzten sozialstaatlichen Tabus fallen. Anfang 1998 ergriff die Ausländerbeauftrage des Berliner Senats, Barbara John, unterstützt vom damaligen niedersächsischen Innenminister Glogowski, die Initiative, Flüchtlingen die Sozialleistungen ganz zu entziehen, wenn sie - angeblich - wegen eben dieser Leistungen in der BRD leben. Der rechte Mob formuliert diese Absicht dann doch eindeutiger: "Die Asylanten gehören ausgehungert!" - genau so lautete die Botschaft der Debatte um das neue AsylbLG im Frühjahr1998. Angesichts des geplanten Einschnitts in das Lebensrecht von Flüchtlingen war es für die Betroffenen und die antirassistischen Gruppen eine bittere Erfahrung, daß sich gegen diese Novelle kaum ein nennenswerter Widerstand formierte. Es waren vor allem die Wohlfahrtsverbände, die gegen das Gesetz anliefen, allein schon aus dem Grund, daß die abzusehende Verelendung der Flüchtlinge ihnen Arbeit und Ärger verschaffen wird.

In dieser Situation haben fünf Mitglieder der Roma-UnterstützerInnen-Gruppen Bochum anläßlich der ersten Lesung zur Novelle des AsylbLG am 26. März 1998 die Tribüne des Deutschen Bundestages besucht, um - ganz basisdemokratisch - ihre Meinung zur Novelle kundzutun. Als der Bundesgesundheitsminister Seehofer den Gesetzesentwurf vorstellen wollte, entrollten sie ihr Transparent mit der Aufschrift "Vertreiben und Aushungern - so ist euer sauberes Gesetz" und mußten sich auf den wiederholten Ausruf "Flüchtlingsvertreiber" beschränken. Denn unmittelbar darauf warf sich der Security-Service auf die DemonstrantInnen und zwängte sie in die Streben des Tribünengeländes. Statt sich zu dem Einspruch zu äußern, wartete Seehofer den Polizeieinsatz ab und setzte dann zu seiner Rede erneut an. Zu vermerken ist noch, daß aus Protest gegen das Vorgehen der Polizei die PDS-Fraktion geschlossen den Plenarsaal verließ.
Natürlich ist uns klar, daß diese begrenzt öffentlichkeitswirksame Aktion keine Großdemonstration in oder vor dem Bundestag ersetzen kann. Der Bundestag als Adressat unserer Wut war aber durchaus bewußt ausgewählt: Wenn die Große Koalition der Flüchtlingsvertreiber im höchsten Verfassungsorgan ein Gesetz plant und verabschiedet, daß die Würde der Menschen mit Füßen tritt, ist Widerstand nichts weiter als eine Pflicht und Notwendigkeit. Und dieser Widerstand gehört gerade auch in den Bundestag hineingetragen.



Die Folgen der Demo sind fünf Strafverfahren des Bonner Amtsgerichtes, die bislang ein nachträgliches Eintrittsgeld in den Bundestag von 3.900 Mark androhen, und eine Anzeige wegen fahrlässiger Körperverletzung. Ein Polizist hat sich nämlich bei seinem übereifrigen Hechtsprung auf einen von uns den Arm ausgekugelt.

Die Folgen der zum 1.9.1998 gültigen 2. Novelle des AsylbLG sind, trotz einiger Retuschen, so katastrophal wie beabsichtigt: Wiederum tritt Berlin als Vorreiter auf. So kürzen die dortigen Sozialämter nicht etwa das mickrige Taschengeld der Flüchtlinge (so lautete vorher die Beschwichtigung der PolitikerInnen), sondern streichen bei über 300 Flüchtlingen gleich alles: Mit Bezug auf das AsylbLG wird die Versorgung mit Lebensmitteln, Unterkunft, Taschengeld und medizinischen Leistungen eingestellt. Betroffen sind davon - willkürlich und ganz gleich, wie lange sie schon in Berlin leben: Kriegsflüchtlinge aus dem Kosovo, Roma und Deserteure aus der BR Jugoslawien sowie PalästinenserInnen aus dem Libanon. Die Rechtsprechung der Berliner Verwaltungsgerichte hat das Handeln der Sozialämter bereits für rechtens erklärt und damit begründet, daß alle auf dem Landweg Geflohenen deshalb nicht in den angrenzenden, sogenannten "sicheren Drittstaaten" geblieben sind, weil sie deutsche Staatsknete wollen. Das Ziel eines sicheren Aufenthaltsortes und Angst vor der Kettenabschiebung dorthin, von wo die Menschen vor Verfolgung und Verelendung geflohen sind, existieren für die Verwaltungsgerichte nicht. Wenn diese Rechtsprechung, wie zu erwarten ist, von den Oberverwaltungsgerichten in den Bundesländern bestätigt wird, dann droht die Streichung der Sozialhilfe für bis zu 250.000 Flüchtlinge.
Und schon jetzt wird Hunger und Elend als Waffe eingesetzt - was wir bisher als Politik im Trikont kannten, ist inzwischen auch hierzulande zur Realität geworden, mitten in der fetten Bundesrepublik!



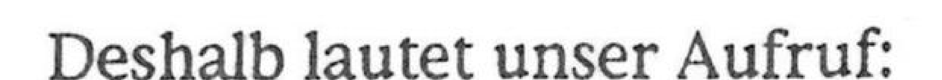
Deshalb lautet unser Aufruf:

- **Organisiert den Widerstand gegen das Asylbewerberleistungsgesetz!**
- **Weg mit allen Sondergesetzen für MigrantInnen!**
- **Grenzen auf!**

Roma-UnterstützerInnen-Gruppe Bochum, 9.2.1999
c/0 Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, 44894 Bochum

P.S. Wir bitten um Spenden für die Strafprozesse gegen die Roma-UnterstützerInnen-Gruppe.

Konto: Antifa, Stichwort: R.-U.-G.
Konto-Nr. 140 6370, Sparkasse Bochum, BLZ 430 500 01



Erfolgreich? Erfolglos? Für wen?

Antifaschistische Proteste gegen den NPD-Aufmarsch am 27.02. in Magdeburg



Kein rechter Erfolg für die Rechte

Am 27.02. fand auf dem Domplatz in Magdeburg ein Aufmarsch mit ca. 800 Nazis statt. Unter dem Motto „Keine deutschen Pässe für Ausländer!" hatte dazu der NPD-Landesverband mit Unterstützung „unabhängiger Kameradschaften" und Nazi-Gruppierungen aus Norddeutschland aufgerufen. Als Erfolg können die Organisatoren um Hupka diese Veranstaltung jedoch nicht werten: das stundenlange Herumstehen auf dem Domplatz, die von Antifas verhauenen Kameraden, die schlechte Beteiligung aus der Magdeburger rechten Szene bzw. deren gelangweiltes Abseitsstehen bei den Reden ihrer „Führer", das verspätete Eintreffen der Technik usw. usf. Unzufrieden schienen auch die übrigen Teilnehmer zu sein. Nur Hupkas Ankündigung, im April erneut in Magdeburg aufmarschieren zu wollen, sorgte für eine gewisse Begeisterung.
Inzwischen ist der Termin bekannt: am 17.April - immerhin nur knapp zwei Wochen vor dem zentralen NPD-Aufmarsch am 1.Mai in Bremen - will Hupka „seinen" Aufmarsch in Magdeburg durchführen. Seine Position vor Gericht ist allerdings schlechter als zuvor. Parolen wie „Ruhm und Ehre der Waffen-SS", zahlreiche „88"-Aufnäher, Verstöße gegen das Uniformierungsverbot etc. könnten beim nächsten Aufmarschversuch die Begründungen für ein Verbot liefern, daß auch vor höheren Instanzen bestand hat.



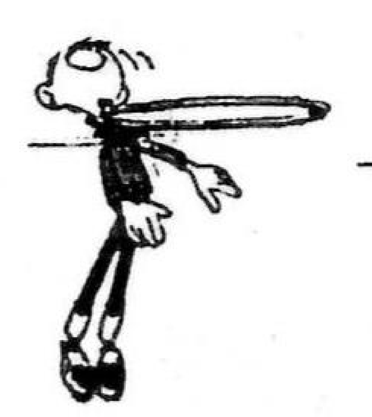
Nur ein relativer Erfolg für die Linke

Bündnis-Arbeit

Im Vorfeld des 27.Februar initiierte der Arbeitskreis Antifaschismus Magdeburg ein breites links-liberales Bündnis gegen den NPD-Aufmarsch. Die Arbeit im Bündnis war alles andere als einfach; selbst die auf Zivilgesellschaft und BürgerInnenrechte zugeschnittene Konzeption für die Gegenaktionen konnte bei den BündnispartnerInnen nur schwer durchgesetzt werden. Grund für das eher „weiche" Konzept war die Erfahrung, daß die potentiellen BündnispartnerInnen ansonsten gar nicht mit unabhängigen AntifaschistInnen zusammenarbeiten bzw. nur Toleranz etc. fordern, statt z.B. die Situation von MigrantInnen wahrzunehmen. Um mit linksradikalen Ausdrucksformen und Forderungen gehört zu werden, rief der Arbeitskreis Antifaschismus für den 27.02. zu einer eigenen Demonstration auf, die zur Bündnisaktion führte. Damit wurden im Rahmen der Anti-NPD-Aktionen von den autonomen AntifaschistInnen gleichzeitig Gemeinsamkeiten und Unterschiede deutlich gemacht, was von den BündnispartnerInnen nach längerer Diskussion auch akzeptiert wurde.









Öffentliche Aktionen am 27.Februar 1999

So fand dann am 27.02. ein Fest mit Bühne, Bands, Ständen und Redebeiträgen statt, an dem sich mehrere hundert BürgerInnen beteiligten - etwas mehr als in Magdeburg üblich bei Veranstaltungen dieser Art. Zur antifaschistischen Demonstration, die am Bahnhofsvorplatz begann, kamen knapp 1.000 DemonstrantInnen, was als Erfolg gewertet werden kann - zumal am 27.02. in mehreren anderen Städten linke Demonstrationen stattfanden (Wurzen, Göttingen, Braunschweig, Angermünde).

Vorher zogen 120 AntifaschistInnen in die Nähe des Domplatzes zu einer vom Arbeitskreis Antifaschismus angemeldeten, und überraschend mit Auflagen genehmigten Kundgebung. Diese wurde allerdings von der Polizei derartig terrorisiert, daß sie nach einiger Zeit abgebrochen werden mußte und die AntifaschistInnen zur großen Demonstration auf den Bahnhofsvorplatz zurückkehrten.

Polizei

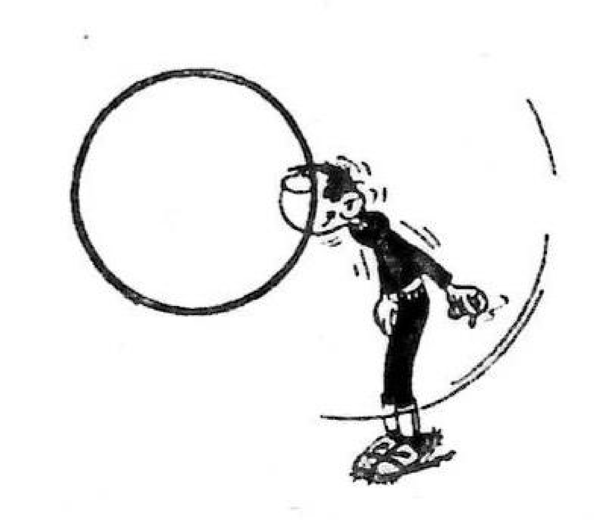
Doch die Kette der Polizeiprovokationen riß nicht ab. Trotz Vermittlungsbemühungen durch Landtagsabgeordnete, GewerkschafterInnen und anderer BündnispartnerInnen stürmte die Polizei in den Demonstrationszug und überfiel später sogar das Bündnisfest. Weil die Eskalationsstrategie der Polizeiführer vor Ort offensichtlich war, stemmten sich nicht nur autonome AntifaschistInnen, sondern auch Jusos, DGBlerInnen und andere aus dem Bündnis gegen die angreifenden Bullen. Und an diesem Punkt machte die Polizei den schweren Fehler, auch BündnispartnerInnen zu verprügeln und festzunehmen. Die Empörung innerhalb des Bündnisses ist daher dementsprechend groß.
Insgesamt gab es 84 Festnahmen antifaschistischer DemonstrantInnen. Der Ortsverband der Roten Hilfe Magdeburg kümmert sich zusammen mit dem Arbeitskreis Antifaschismus um juristische und finanzielle Unterstützung. Opfer polizeilicher Willkür können sich an *Rote Hilve e.V. - Ortsgruppe Magdeburg, Postfach 615, 39040 Magdeburg* oder den *Arbeitskreis Antifaschismus, c/o BlaueWeltArchiv, Uhland-Straße 8, 39108 Magdeburg* wenden.

Pressearbeit

Mit der Pressearbeit kann man/frau aus antifaschistischer Sicht nur bedingt zufrieden sein. Immernoch sind die Nazis attraktiver als die GegendemonstrantInnen - sofern diese nicht direkt vor der Kamera ein paar Polizisten oder Nazis verhauen. Hintergrundartikel erschienen trotz aufwendiger Pressearbeit unsererseits nur wenige, und gerade die Lokalpresse - v.a. die „Volksstimme" - handelte den 27.02. quasi als Polizeiprotokoll ab. Dennoch finden wir es weiterhin wichtig, auf die bürgerlichen Medien zuzugehen und offensive und qualitätvolle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu leisten.





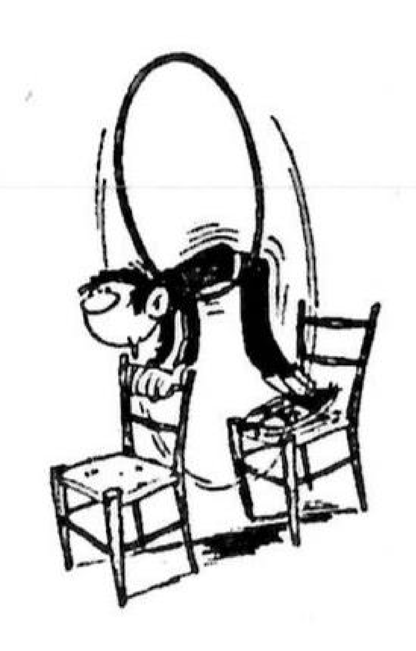


Fazit:
Die Nazis haben zwar keine für sie befriedigende Veranstaltung durchführen können, was aber nur zu einem kleinen Teil am direkten Eingreifen unsererseits lag. Auch im Nachhinein hätte etwas mehr Entschlossenheit gegenüber den in Gruppen abmarschierenden Nazis noch für einige verbeulte Kahlköpfe sorgen können. Ziemliche Angst vor den zahlreichen AntifaschistInnen, die noch in der Innenstadt unterwegs waren, hatten die Nazis jedenfalls - so weigerte sich beispielsweise eine Gruppe von 50 „Kameraden" eine Straßenbahn Richtung Stadtfeld (eher linker Stadtteil) zu besteigen.
Beim nächsten Aufmarsch-Versuch werden wir wesentlich unfreundlicher sein!

Kein Nazi-Aufmarsch am 17.April in Magdeburg!

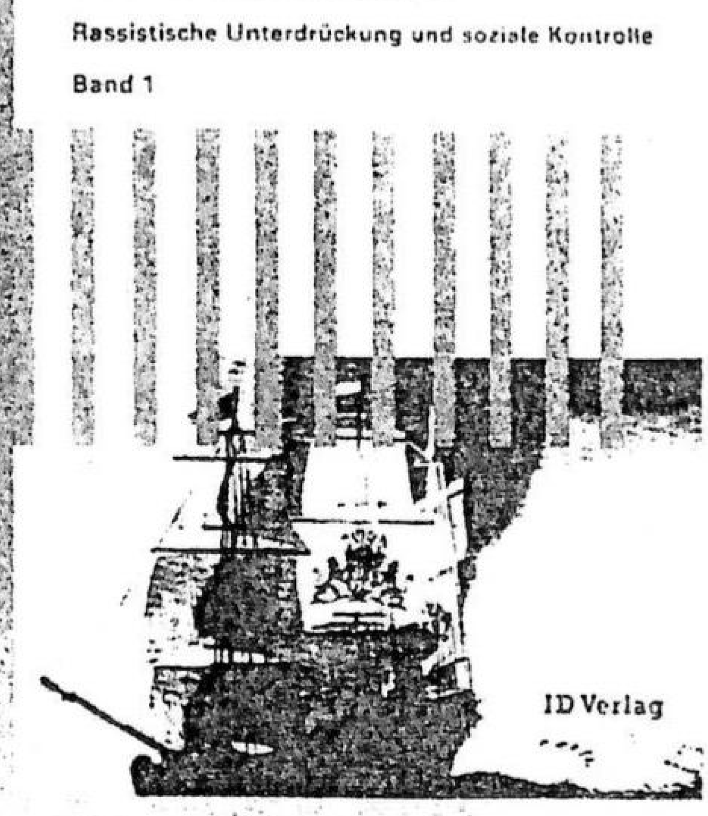
Info-Telefon: 0172/ 30 174 29
Homepage: www.crosswinds.net/magdeburg/~akamd

Magdeburger AntifaschistInnen





Theodore W. Allen
Die Erfindung der weißen Rasse
Rassistische Unterdrückung und soziale Kontrolle
Band 1



Theodore W. Allen
Die Erfindung der weißen Rasse
Band 1: Rassistische Unterdrückung und soziale Kontrolle
Aus dem amerikanischen Englisch von Jürgen Schneider und Dagmar Ganßloser.
Mit einer Einleitung von Jost Müller
340 Seiten, 48,- DM, 46,- sFr, 350 öS
ISBN: 3-89408-078-7

"...und plötzlich sahen wir den Himmel"

Videoabend im Drugstore
Potsdamer Str. 180
U-Bhf. Yorkstr./Kleistpark
zum Thema Globale Solidarität
am 17.03.99
um 20:00 Uhr
Ein Film von und über Frauen aus dem uruguayischen und deutschen Widerstand





Anquatschversuch in Berlin

Am Mittwoch, den 13. Januar erhielt ein Mitarbeiter der Jungle World überraschenden Besuch vom Verfassungsschutz.
Morgens um 10.30 Uhr klingelte eine ca. 40jährige Frau und stellte sich zuerst als Politologin aus Köln vor, die über das Thema Anti-Atom schreibe. Sie sei auf der Suche nach Menschen, die sie hierbei unterstützen. Seinen Jungle World-Beitrag über die Herbstkonferenz der Anti-Atom-Bewegung habe sie sehr interessant gefunden. Daraufhin wurde sie in die Wohnung gelassen.
Nun wollte der Betroffene wissen, warum gerade sein Artikel so interessant sei, und wie es einer Politologin möglich war, seine Adresse herauszufinden. Doch vorsichtige Nachfragen konterte sie entweder durch Gegenfragen oder wich ihnen zunächst aus. Schließlich stellte sie sich als Mitarbeiterin des Bundesamtes für Verfassungsschutz vor.
Sie sei interessiert an bundesweiten Entwicklungen innerhalb der Anti-Atom-Bewegung. Dazu suche sie Menschen, die sich auch mit dieser Thematik beschäftigen. Eine besondere Bedeutung käme dabei dem Wendland, Ahaus, Göttingen und auch Berlin zu. Die Zusammenarbeit werde vergütet.
Der Betroffene erklärte daraufhin das Gespräch für beendet. Das fand die Geheime sehr schade: sie beklagte, daß die meisten Menschen nicht mehr mit ihr sprechen, wenn sie erfahren, für welchen Behörde sie arbeitet. Sie fragte, ob sie sich nach „einer Woche Bedenkzeit" noch einmal melden dürfe. Auch auf ihr Angebot, ihre Visitenkarte dazulassen, damit der Betroffene sich melden kann, ging dieser nicht ein. Nun bot die Geheime an, allgemeine Fragen bezüglich ihrer Behörde zu beantworten. Auch auf dieses Gesprächsangebot ging der Betroffene nicht ein. Nun fand auch die Verfassungsschützerin, daß es Zeit sei, aufzubrechen. Auch ihre Visitenkarte wollte sich plötzlich nicht mehr hinterlegen, da sie „keine Lust habe, daß die Karte dann in einem Szeneblättchen abgebildet wird". Schade, so bleibt es bei einer kurzen Personenbeschreibung: Sie ist ca. 40 Jahre alt, hat lange schwarze Haare und ziemlich dunkle Augen.

Einschätzung zur Herangehensweise der VS:
Es muß nicht immer der „klassische Fall" von Hausbesuchen sei (Herr X und Frau Y klingeln und sagen Dir direkt: „Guten Tag, wir kommen vom VS und würden uns gerne mal mit ihnen unterhalten). Der Gesprächseinstieg über die Politologinnenstory (die ja nicht falsch sein muß) erwies sich hier als „Türöffner". Dies nicht nur im wörtlichen Sinn:
Nach dem Motto: „Auch wenn Du ein Gespräch mit dem VS ablehnst, mit einer Politologin / Soziologin hättest Du das Gespräch ja nicht direkt verweigert, wolltest zumindest erstmal genauere Hintergründe erfahren. Wir sind ja schließlich eine ganz normale staatliche Behörde, darüber läßt sich doch reden, unter vernünftigen Menschen" gerätst Du plötzlich in Erklärungsnot. Auf Deine Fragen wird nur mit Gegenfragen reagiert. So entsteht dann doch noch ein „Gespräch", auch wenn Du eigentlich nichts sagst.
Es ist natürlich leichter, dem Paar X & Y die Tür vor der Nase zuzuschlagen, als eine Frau Z ohne weitere Erklärung hinauszukomplimentieren, wenn sich plötzlich herausstellt, daß die Politologin mit der unglaubwürdigen Story und den schlechten Manieren (woher hat sie die Adresse und was fällt ihr ein, hier einfach zu klingeln, statt vorher telefonisch anzufragen) vom VS kommt.

Politische Einschätzung:
Dieser Anwerbeversuch fällt zeitlich mit der Veröffnetlichung eines neuen VS-Dossiers über die Anti-Atom-Bewegung zusammen. Das Dossier, welches unter anderem der Illustrierten „Focus" zugespielt wurde ist bislang noch nicht öffentlich bekannt. Der Focus-Beitrag „Radikale rüsten zum Kampf" (Focus 1/99) läßt allerdings ähnliche Qualitäten erwarten, wie das vor 2 Jahren im Vorfeld des zweiten Castor-Transportes über den „Spiegel" (Der Spiegel 45/96) lancierte Dossier. Damals wurden Mitgliedern der BI Lüchow-Dannenberg und Redakteuren der Zeitschrift „Graswurzelrevolution" als „linksextermistische motivierte Gewalttäter" bezeichnet. Auch das neue VS-Dossier muß als repressive Begleitmusik zu den laufenden Konsensgesprächen und Ausstiegsverhandlungen verstanden werden.

Wenn Ihr angequatscht werdet,

meldet Euch beim Ermittlungsausschuß!



Neues in Sachen „Café Germania"

Kurze Info der Antifaschistischen Aktion Berlin

Nachdem das Berliner „Café Germania" (CG) Anfang Dezember 1998 aufgrund massiven antifaschistischen Widerstandes schließen mußte, gibt es andererorts ähnliche Versuche der Nazis, neue „Café Germanias" zu etablieren. Wie die meisten in einer der letzten Ausgaben der Wochenzeitung Jungle World (auf der Antifa-Seite) gelesen haben, hat ein neues CG in Dresden eröffnet. In Dresden sind es andere Nazis als es in Berlin waren. Das läßt die sichere Vermutung zu, daß sich die Berliner CG-Nazis wie angekündigt immer noch auf der Suche nach möglichen Ausweichobjekten befinden. Inzwischen wird innerhalb der militanten Nazi-Szene für das Ex-CG in Berlin massiv die Werbetrommel gerührt. Mit z. B. ganzseitigen Anzeigen im CD-Katalog „Phüses Liste" (betrieben vom gleichnamigen JN-Kader Phüse) wird für Spenden und Unterstützung geworben. Die dort angegebene Info-Nummer des NIT-Baden-Württemberg verbreitet jedoch nur, daß die Nazis immernoch auf Suche nach neuen Räumen sind.

Wie in unserer Auswertung bereits angekündigt, wollen wir alle AntifaschistInnen im Kampf gegen „ihre" CGs vorort unterstützen! Meldet Euch, und haltet uns auf dem Laufenden!

Zusammen kämpfen! Antifa ist der Kampf ums Ganze!

Kontakt:
Antifaschistische Aktion Berlin • Engeldamm 68 • 10179 Berlin
Infotelefon: (030) 27 56 07 56 • Fax: (030) 27 56 07 55
Internet: http://www.nadir.org/nadir/initiativ/aab

Antifaschistische Aktion Berlin organisiert in der:



Deutlich deutsch

Es gibt ein neues Café Germania – dieses Mal in Dresden

Der Name des Cafés ist Programm: »Ich biete deutsche Musik in deutscher Atmosphäre bei deutschen Produkten.« Mit dieser prägnanten Formulierung präsentierte Helmar Braun, ein Betreiber des Mitte letzter Woche in Dresden eröffneten Café Germania, der Lokalpresse seinen neuen Laden.

Helmar Braun ist seit Anfang der neunziger Jahre in der Dresdener Naziszene aktiv. Er war erster Landesvorsitzender der Sächsischen Nationalen Liste, die im August 1991 in Dresden unter Beteiligung von Christian Worch, damals Chef der inzwischen verboten Nationalen Liste (NL), und dem Österreicher Gottfried Küssel gegründet worden war. Auch im engen Umfeld des Verbandes der sächsischen Werwölfe, des Nationalen Widerstandes und der Nationalen Offensive (NO) hat sich Braun länger bewegt. Erst nach den Verboten der NO (1992) und NL (1995) wurde es um ihn ruhiger.

Im Zuge des Neuformierungsprozesses der Naziszene in den letzten Jahren tauchte Braun, wie viele andere auch, im Umfeld der NPD wieder auf. Das Dresdener Café Germania paßt zu diesem Umfeld. Zur Eröffnung der Kneipe eilte das Klientel – über 100 Nazis, die meisten männlich, jung und kahlgeschoren – wie zu einem NPD-Aufmarsch und feierten ausgiebig ihren neuen Treffpunkt.

Der ist Teil eines Konzepts, das im Juni 1998 in der Nazi-Zeitschrift *Volkstreue Zeiten* vorgestellt und in dem die Schaffung einer »erst berlinweiten und später deutschlandweiten Infrastruktur von Gastronomie- und Freizeitobjekten« propagiert worden war. Doch ganz so einfach war der Vorschlag nicht umzusetzen. Der Vorgänger des Dresdener Treffs, das Berliner Café Germania, mußte im Dezember des vergangenen Jahres schließen. Der öffentliche Druck und Angriffe von AntifaschistInnen waren stetig angewachsen.

Nun soll Dresden für einen Neuanfang stehen. Und die NPD hilft nach Kräften: Auf einer Saalveranstaltung der Partei zum 13. Februar, dem Jahrestag der Bombardierung Dresdens, wurde für die Eröffnung der Kneipe geworben. Über 100 vorwiegend junge Nazis lauschten davor und danach einem alten Zeitzeugen und schauten sich einen Videofilm über das »Schicksal« Dresdens an. Andere Rechte wollten an diesem Tag nicht zurückstehen: Bereits am Vormittag war die Dresdener Innenstadt mit Nazipropaganda zugeklebt worden, es folgte ein Trauermarsch, der von der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) angemeldet worden war.

Dabei arbeiteten NPD und JLO gut zusammen. Während Alexander Kleber, der sächsische Landesvorsitzende der JLO, die Demonstration anmeldete, stellten Mitglieder des NPD-Kreisverbandes die Ordner. Neben verschiedenen nationaldemokratischen Abordnungen nutzten auch autonome Kameradschaften, die Republikaner und die DVU die gebotene Plattform: Rund 200 Faschisten zogen schweigend über die Einkaufsmeile zur Frauenkirche und legten dort ihre Kränze nieder. Die Polizei hielt sich auffallend zurück, auch als nach dem Trauermarsch Nazis einzelne Antifaschisten angriffen.

Auch die Betreiber des Café Germania scheinen von einem eher gewaltbereiten Publikum auszugehen. Deshalb verbieten sie in einer Kneipenordnung den Gästen, »Streitigkeiten in der Kneipe auszutragen«. Auch »Parolen und Gesten, die eine behördliche Schließung bewirken könnten« sowie »das Tragen von Waffen« müßten unterbleiben.

Dabei unterscheiden sich die Inhaber darin kaum von ihrem zu erwartenden Publikum. So stellt ein ortsansässiger Waffenhändler die Dekoration, ein weiterer Betreiber gehört zur Security von Diskotheken.

Die Reaktionen von Helmar Braun auf die ersten erfolgreichen Antifa-Proteste passen ebenfalls in dieses Bild: In der *Dresdner Morgenpost* drohte er, daß »seine Leute« Wache schieben würden – und die seien »nicht zimperlich«.

• *Bettina Schneider/ Ralf Wagner, Dresden*

Jungle World Nr. 9 · 24. Februar 1999







Pressemitteilung

In der Nacht vom 3I.2. zum 1.3.I999 verbesserten wir durch den Einsatz von Buttersäure die Raumatmosphäre des Cafe Germania erheblich.
Wir werden auch in Zukunft nicht tatenlos zusehen, wenn Nazis öffentliche Räume dazu nutzen, ihre Strukturen zu festigen, um ihr menschenverachtendes Gedankengut zu verbreiten.
Nach wie vor besteht die Gefahr, Opfer rechter Schläger zu werden, wie mensch am jüngsten Beispiel aus Guben sehen kann.
Daß nationalistische und rassistische Vorurteile dennoch auf immer fruchtbareren Boden fallen, zeigten die Wahlen in Sachsen-Anhalt (DVU erhielt I3% der Stimmen), genauso wie die rege Beteiligung an der Unterschriftenaktion der CDU/CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft.
Die anstehenden Kommunalwahlen und Landtagswahlen werden zeigen, wie tief rechte Ideologien inzwischen in unserer Gesellschaft verwurzelt sind.

Deshalb: KEIN RECHTER KONSENS !!
NAZIZENTREN ANGREIFEN !!
WEG MIT DEM CAFE GERMANIA !!!

Viele Grüße, die Stinkstiefel









Schluß mit der rassistischen Hetze!

Biji Azadi - es lebe die Freiheit!

Wir haben heute die Wohnung von Michael Hartmann, Wilhelm-Raabe-Weg 19 mit Farbflaschen und Steinen angegriffen. Hartmann ist Chefredakteur der Westdeutschen Zeitung WZ und seit vielen Jahren maßgeblich an rassistischen Hetzkampagnen beteiligt.
Mit gelben, roten und grünen Farbflaschen solidarisieren wir uns mit den kurdischen Menschen in Deutschland, in den Vorstädten von Instanbul, Izmir und Ankara und in Kurdistan.

Mit den Pflastersteinen kommentieren wir auf unsere Weise die rassistischen Artikel in der WZ gegen die KurdInnen und die Teilhabe der WZ an der menschenverachtenden Unterschriftensammlung der CDU/CSU. Die WZ war bereit, die Unterschriftenlisten als Beilage abzudrucken und sorgte so für die große Verbreitung. Die CDU in Wuppertal verzichtete aus Sicherheitsgründen auf öffentliche Stände.
Dank der medialen Unterstützung wird die rassistische Saat aufgehen.

In Erinnerung an Omar Ben Noui, von Faschisten am 13.2.99 in Guben zu Tode gehetzt.

Nichts und niemand ist vergessen!

No justice - no peace!

GEGEN DIE RASSISTISCHE UNTERSCHRIFTENKAMPAGNE DER CDU

uns erreichte das Schreiben einer autonomen Gruppe omar ben noui, daß in der Nacht zum 22.2. an der Landeszentrale der CDU in der Hasenbergstr. das Eingangsschild zerstört und mit Parolen verziert wurden und in der Uhlandstr. klirrten die Scheiben (leider ohne Orstangabe und die Vorlage war miserabel).

Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen

FILMPREMIERE SO 14.3. BERLIN

Das Boot ist voll und ganz gegen Rassismus

Wahljahr 1998. Eine Karawane zieht quer durch Deutschland. „Wir haben keine Wahl, aber eine Stimme!" Und diese Stimme ist laut. In Rostock bei einer Wahlkundgebung der SPD; in Köln auf der Polizeiwache, wo zwei Freunde in Haft und von Abschiebung bedroht sind oder in Tambach, wo Flüchtlinge gegen ihre Isolierung kämpfen und die Schließung des Heimes fordern. Die Flüchtlinge kommen aus Sri Lanka, Kurdistan, Kolumbien, Nigeria und vielen anderen Ländern. Es ist das erste Mal, dass sie sich mit MigrantInnen und deutschen Gruppen zusammenschliessen, um sich gemeinsam zu wehren. Dieser Film dokumentiert einzelne Stationen ihrer sechswöchigen Reise.



„Ein afrikanisches Sprichwort besagt, daß die Geschichte der Löwen von deren Jägern erzählt wird. Wenn die Löwen anfangen, ihre Geschichte selbst zu erzählen, wird das etwas ganz anderes sein, als die Geschichte der Jäger."

Dokumentarfilm, 55 Min. Betacam.
Den Film gibt es bei: Umbruch Bildarchiv, Lausitzer Str. 10, 10999 Berlin, Tel. 030/612 30 37 Fax: 611 15 83

Filmpremiere in Berlin. So. 14.3. 20 Uhr A 6 Laden. Adalbertstraße 6. U-Bhf. Kottbusser Tor

Maifestspiele 99 - ohne uns!!

Wir hatten für den *14. Februar '99 zum Vorbereitungstreffen* im Mehringhof geladen, um die Demonstration am 1. Mai wieder auf eine inhaltliche Grundlage zu stellen. Damit wollten wir mit den Traditionsritualen am Oranienplatz ebenso brechen, wie mit der alternativen Love-Parade in Prenzlauer Berg. Unser Vorschlag war eine inhaltliche Ausrichtung, deren Thematisierung sich auch in der Route widerspiegeln sollte *(siehe Interim 469)*.

Zur Diskussion in unserer Gruppe

Auf diesem Vorbereitungstreffen sind wir auf unsere Haltung zum 1. Mai in Bezug auf die letzten beiden Jahren angesprochen worden. Daher hier eine kurze Stellungnahme zu unserer Diskussion: Die Gruppe hat sich 1997 an beiden Mai-Aktivitäten beteiligt, weil sie in der damaligen personellen Besetzung beide Demos mittragen konnte. 1998 beteiligte sie sich aktiv an der Vorbereitung der R.L.-Demo. Die Gruppe hat feststellen müssen, daß sowohl im Vorbereitungskreis als auch auf der Demonstration für inhaltliche Auseinandersetzungen kein Raum blieb. Daraus haben wir die Konsequenz gezogen, die sich in unserem diesjährigen Vorschlag niederschlug.

Reaktionen auf dem Treffen

Beim Vorbereitungstreffen wurden wir genau mit dem starren Denken und dem Dogmatismus konfrontiert, den wir in unserem Einladungstext kritisiert haben. Statt der von uns eingeforderten inhaltlichen Auseinandersetzung mit unserem Konzept, wurden uns Floskeln, Glaubenssätze und Verlautbarungsrhetorik entgegen geschleudert. Wir hätten mit diesen Reaktionen rechnen können, hatten aber nach den Diskussionen der letzten Jahre gehofft, daß noch mehr Gruppen und Einzelpersonen zu einer inhaltlichen Neubestimmung des 1.Mais bereit sind. Diese Bereitschaft haben wir wohl überschätzt.

Unsere Konsequenz aus dem Treffen am 14.2.: wir ziehen uns als Gruppe aus der Vorbereitung zurück und beteiligen uns an keiner Vorbereitung der Mai-Aktivitäten in diesem Jahr.



gruppe Venceremos



>>`Existenzgeld für alle' kann (...) eine antikapitalistische Forderung sein (...), muß es aber nicht.<<

Die AutorInnen der Zeitung zur „Arbeitskonferenz für Existenzgeld und eine radikale Arbeitszeitverkürzung" (19.-21. März in Berlin) behaupten, diese Möglichkeit könne dann eingelöst werden, wenn die Existenzgeldforderung „in den Kontext linker Debatten" gestellt werde, wenn sie „mit verschiedenen existierenden politischen Praktiken verbunden" werde, wenn zu ihr solche „politischen Verbindungen" konstruiert würden, daß Herrschaftsverhältnisse sichtbar gemacht und verändert werden können.

Die Versuche, die Wirkungsmechanismen der vorgeschlagenen Strategie genauer darzulegen wirken allerdings recht wirr. Wie auch schon in anderen Texten zum Existenzgeld[1] vermischen die AutorInnen zwei unterschiedliche Herangehensweisen an die Forderung nach 1500 DM für alle:

1. Der Versuch, das Existenzgeld in dieser Höhe auch tatsächlich durchzusetzen. Logischerweise beinhaltet diese Position auch die Annahme, daß das zumindest prinzipiell möglich ist.
2. Die Forderung wird lediglich benutzt als ein Mittel zu dem Zweck, einen gesellschaftlichen Diskurs zu besetzen.[2]

Es bleibt unklar, ob die AutorInnen der Konferenz-Zeitung nun nur Denkräume öffnen wollen -also beispielsweise Beschränktheiten bürgerlicher Ideologie offenbarmachen oder Hässlichkeiten des kapitalistischen Alltags vergegenwärtigen- oder ob sie doch auf einen stabilen und prosperierenden Kapitalismus hoffen, der Reichtum für alle produziert. Nach einer solchen Hoffnung klingt zumindest folgender Satz: "Durchs Fernglas betrachtet, wird ungefär folgendes sichtbar: keine Billigarbeit (wer 1500 plus Miete bekommt, geht nicht putzen); kein Lohnarbeitszwang, dafür Lohnrbeitszeitverkürzung; kein Sinnterrorismus des Berufs; kein Leistungsfetischismus; keine Arbeisteilung entlang von Fabrik/Firma/Freelancing auf der einen und Zuhause/Soziales auf der anderen Seite; kein Ausschluß bzw. keine Deklassierung von ImmigrantInnen und Flüchtlingen oder -wenn auch anders gelagert und tradiert- von (Haus)frauen oder Frauen mit sog. Nebenjobs beim Bezug von Sozialleistungen; Ende einer langen Tradition kapitalistischer Armenfürsorge, deren moderne Gestalt die heutige Sozialhilfe mit all ihren individualisierenden Disziplinierungen und Kontrollen darstellt."

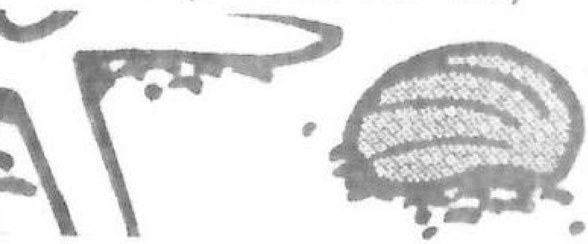
Daß jemand, der 1500 DM kriegt, nicht putzen gehen wird, ist wahrscheinlich richtig. Für diesen Fall würden allerdings nicht nur bestimmte Formen der Ausbeutung aufgehoben, sondern die kapitalisische (Re)produktion als ganze würde vermutlich bald damiederliegen. Damit hätten die 1500 DM schnell nur noch den Gebrauchswert des Papiers, auf dem die Scheine gedruckt sind. (Solange keine (Re)produktionsformen jenseits der Wertverwertung entwickelt sind, wäre das nicht erfreulich!)

Da die AutorInnen aus ak- und Arranca!-Redaktion das von ihnen beschriebene Szenario aber nur durchs Fernglas betrachten und darüberhinaus erwähnen, daß sie keinen Gesetzesantrag zum Existenzgeld planen, unterstelle ich einfach mal, daß auch sie davon ausgehen, daß selbst nach heftigen Diskurserschütterungen keine stabile Warengesellschaft möglich ist, die auch noch allen Menschen Zugang zum gesellschaftlichen Reichtum[3] ermöglicht.

Wenn es sich allerdings bei der Beschreibung dessen, was angeblich passieren könnte, wenn jedeR monatlich 1500 DM bekommt, lediglich um ein -der Provokation dienendes- Gedankenspiel handelt, das fern jeder gesellschaftlichen Umsetzbarkeit liegt, so ist es zumindest ungeschickt, es nicht auch als solches Gedankenspiel zu benennen -nicht wenige dürften die entsprechenden Absätze als erheblichen analytischen Mangel gelesen haben.

[1] Vgl z.B.: "Die Unglücklichen" in Interim Nr. 450: "Wer schon nicht arbeitet, soll wenigstens gut essen!"

[2] So schreiben etwa die "Autonomen KleingärtnerInnen" als Begründung für eine Existenzgeldkampagne: "(W)ir finden es wichtig, aktuelle gesellschaftliche Diskussionen aufzugreifen, diese sozialrevolutionär mitzubesetzen und dabei so realistisch/unrealistisch zu sprechen, daß ein Verfremdungseffekt eintritt und Denkräume geöffnet werden." (Interim Nr. 413)



Im übrigen denke ich, daß sich das emanzipatorische Potential einer warengesellschaftlichen Utopie, wie die Existenzgeld-Vorstellung sie impliziert, viel deutlicher eingrenzen läßt, als das in der Konferenz-Zeitung getan wird. Alle, die schon mal vom Schlaraffenland gehört haben, kennen zumindest ganz grob die Idee eines Zusammenlebens, in dem die individuellen Tätigkeiten keinerlei gesellschaftlichen Zwängen unterliegen (und in der selbst die Notwendigkeit, Natur durch menschliche Tätigkeit in Gebrauchsgüter zu verwandeln, nicht existiert). Für das bürgerliche Alltagsbewußtsein ist eine solche Gesellschaft genauso -wenn auch nur märchenhaft- denkbar wie praktisch unmöglich. Daran ändert auch das durch die Existenzgeld-Forderung entworfene Szenario überhaupt nichts! Schließlich ist es ein vollkommen stammtischfähiger Allgemeinplatz, daß der Kapitalismus historisch immer wieder eine Vielzahl von sozialen wie materiellen Mängeln und Zerstörungen hervorgebracht hat. Ferner ist richtig -und ebesowenig neu- daß sich innerhalb der auf Verwertung beruhenden Ökonomie daran nichts wird ändern lassen. Deshalb muß eine antikapitalistische Perspektive auf Produktionsformen jenseits der Verwertung abzielen- darauf komme ich später noch zurück- statt sich vorzustellen, was denn wäre wenn die Marktwirtschaft mittels Existenzgeld doch noch allen Menschen Reichtum bescheren würde.

Die AutorInnen der Konferenz-Zeitung erwähnen, daß die fehlende Thematisierung der Frage, auf welche Art und Weise gesellschaftlicher Reichtum hergestellt wird, eine von mehreren Lücken des Existenzgeldkonzepts darstelle. Gerade in Zeiten, in denen die Warengesellschaft immer weniger Menschen ihre Existenz sichern kann, ist diese "Lücke" doch eine *der* zentralen Fragen -und könnte damit zunehmend auch zu einem Thema werden für Leute, die nicht ohnehin schon zur kapitalismuskritischen Linken gehören.

Eigentlich eine Banalität: Zentral für eine emanzipatorische Thematisierung dessen, was unter dem label „soziale Frage" in letzter Zeit wieder häufiger in linksradikalen Debatten auftaucht, ist die Frage, ob das durch den Wert ausgedrückte soziale Verhältnis zwingend mit allen Formen hocharbeitsteiliger und hochtechnisierter Gesellschaften verbunden ist. Anders gesagt: Es ist deutlich zu machen, wo und wie freiwillige, selbstbestimmte Tätigkeiten längerfristig Lohnarbeit nicht nur ergänzen, sondern sie ersetzen und zurückdrängen können. Sowohl von der Krisenhaftigkeit der Warengesellschaft als auch von der Steuerung durch die Verwertung können solche Tätigkeiten selbstverständlich nur dann unabhängig werden, wenn sie und ihre Produkte in keiner Weise mehr über Tausch vermittelt werden. Eine Skizzierung von solchen nichtwarenförmigen Reproduktionsformen kann die Existenzgeldforderung nicht nur nicht leisten, sondern sie steht ihr sogar ein Stück weit im Wege.

In der Konferenz-Zeitung heißt es: „Die Existenzgeldforderung tritt in der Gestalt einer Geldforderung auf und von da aus stellt sich die politische Frage, mit welchen Politiken die genannte vierstellige Summe aufgeladen werden soll, wie diese Transformation von Geld.in Leben gelingen, wie das Integrations-, Selektions- und Verwertungsmonster Kapitalismus angegriffen werden soll." Da die Substanz des Geldes die verwertbare Arbeit ist, ist es ein Ding der Unmöglichkeit, mit einer alternativen Verteilung des Geldes über das „Verwertungmonster" Kapitalismus hinauszuweisen bzw. sie mit entsprechenden Politiken aufzuladen: Wer die (bzw. den Zwang zur) Lohnarbeit abschaffen will, muß auch das Geld abschaffen.

An einer anderen Stelle im Einleitungstext der Zeitung ist über die Existenzgeldforderung zu lesen: „Mit ihr wird versucht, kapitalistische Modernisierung von innen anzugreifen, indem sie mit verschiedenen existierenden politischen Praktiken verbunden wird -die Tatsache voraussetzend, daß es kein Außen gibt, kein Außerhalb-Sein von kapitalistischen

[3] In Krisis Nr.21/22 findet sich ein sehr spannender Artikel über den *spezifisch warengesellschaftlichen* Reichtum. Ernst Lohoff macht darin deutlich, daß die kapitalistische Reichtumsvorstellung zwingend mit der Knappheit der Güter verbunden ist und daß sie immer auch soziale Armut impliziert. Wenn hier von anderen Produktionsformen die Rede ist, so geht es dementsprechend keinesfalls darum, lediglich in angenehmeren Arbeitsabläufen die gleichen Dinge in großerer Stückzahl und für alle herzustellen.

Suchbewegungen nach neuen Regulationsformen." Zweifellos bestimmt die Warengesellschaft unser Denken, Handeln und unsere Reproduktion so sehr, daß es unmöglich ist, daraus individuell auszubrechen. Aber das bedeutet doch keineswegs, daß uns nicht anderes übrigbliebe als uns an der Suche nach anderen kapitalistischen Regulationsformen zu beteiligen! Mir ist schleierhaft, wie man das Denken und Handeln jenseits kapitalistischer Prinzipien für unmöglich erklären und gleichzeitig von der Möglichkeit einer antikapitalistischen Perspektive (nach der sie ja suchen) ausgehen kann.

Für Wertkritik

Es ist doch gerade Aufgabe zukünftiger emanzipatorischer Bewegungen, es vorerst vorstellbar und partiell erlebbar zu machen, daß es (hoffentlich) möglich ist, jenseits des Warentausches auch in großem Rahmen in Beziehung zueinander zu treten, sprich: in Selbstverwaltung -erstmal in klenen, einzelnen Bereichen- die gesellschaftliche Reproduktion zu organisieren.

Ich habe oben bereits angedeutet, daß es einerseits um eine theoretische Kritik des Werts als ein historisch entstandenes soziales Verhältnis geht, das beispielsweise auch die getrennte Sphäre der „Politik" in dieser Form erst hervorgebracht hat und das alle gesellschaftlichen Bereiche durchzieht. In Bezug auf eine solche theoretische Kritik könnte möglicherweise ganz am Rande auch eine Existenzgeldkampagne dienlich sein: Vielleicht könnte die Forderung nach Existenzgeld immerhin dazu dienen, bürgerlicher Ideologie insofern etwas entgegenzusetzen, als daß sie -ähnlich wie die Aufforderung „Seid faul!" (JungdemokratInnen/Junge Linke)- im Widerspruch zur Vorstellung von ehrlicher Arbeit und gerechtem Lohn steht.

Es könnte im Rahmen solcher Kampagnen möglicherweise deutlich gemacht werden, daß nicht nur der Versuch, Tätigkeiten an ihrem gesellschaftlichen Nutzen zu bewerten und danach zu bezahlen notwendigerweise an der warengesellschaftlichen Wirklichkeit scheitern muss: Vielmehr ist es undenkbar, qualitativ verschiedene Tätigkeiten auf rationalem Wege so miteinander zu vergleichen, daß sie in einem quantitativen Verhältnis zueinander darstellbar sind. So etwas ermöglicht erst die (irrationale) Abstraktion des Werts. Das heißt: Weder kann es jemals einen gerechten Lohn geben, noch gibt es eine sinnvolle Grundlage für die Forderung, daß doch bitteschön jeder für seinen Anteil am gesellschaftlichen Reichtum zu arbeiten habe.

Damit öffnet die Existenzgeldkampagne keine gesellschaftlichen Perspektiven, aber vielleicht könnte sie die sich ausbreitende leistungsfetischistische Arbeitsmoral als ein Bestandteil warengesellschaftlicher Ideologie ein klein wenig zurückdrängen.

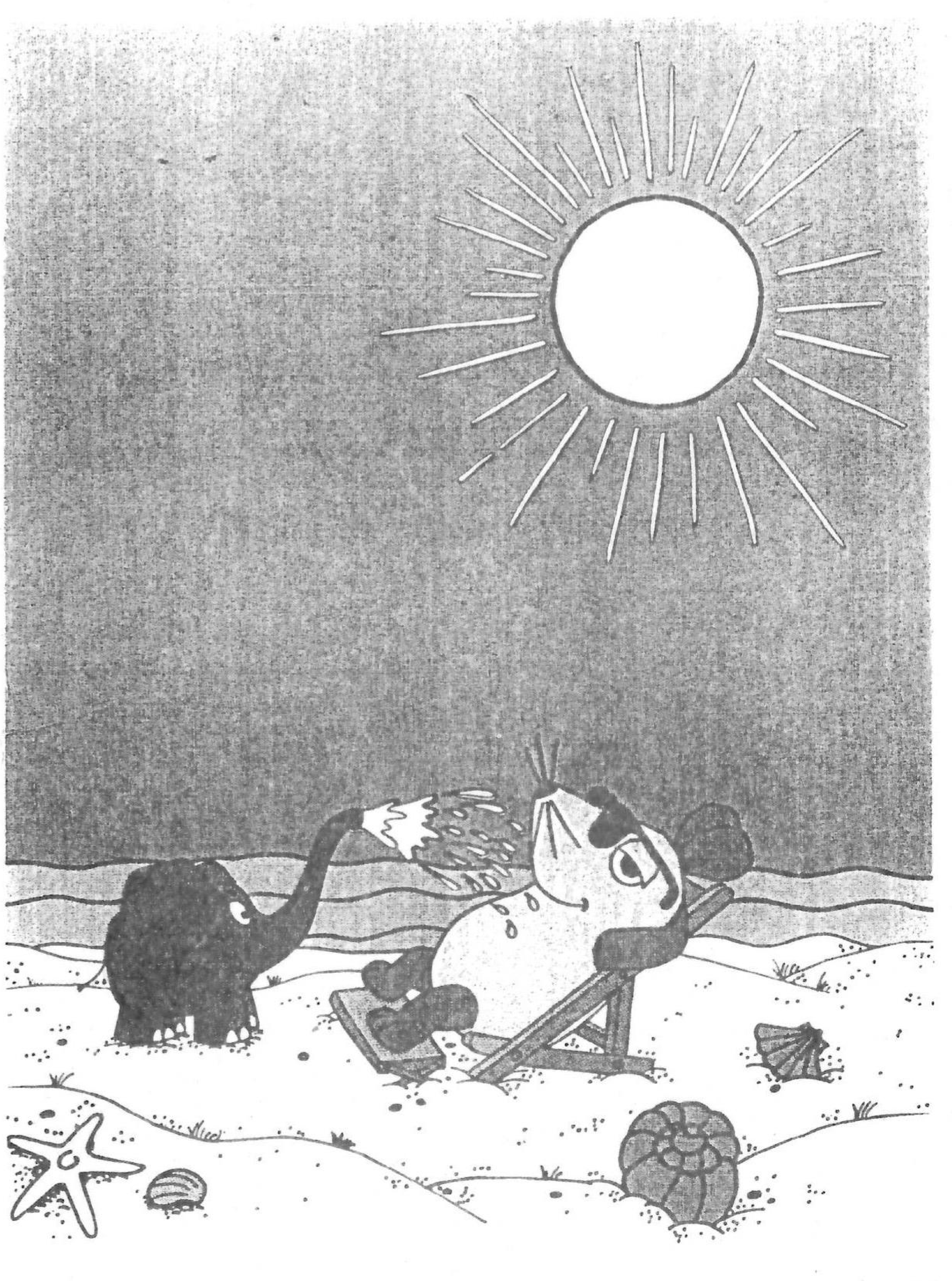
Andererseits sollte es in den nächsten Jahrzehnten auch um eine praktische Aufhebungsbewegung gehen, die versucht, größtmögliche Bereiche der Reproduktion selbstbestimmt und kollektiv zu organisieren. Mit einer solchen Aufhebungsbewegung ist keineswegs eine technikfeindliche Propagierung agrarischer Naturalwirtschaft gemeint, genausowenig wie eine solche Bewegung die Warengesellschaft abrupt von heute auf morgen ablösen kann. Vielmehr geht es darum, heute möglichst viel disponible, also frei verfügbare Zeit für alle zu erkämpfen. Dazu kann (im Rahmen politischer Kampagnen nach traditionellem Muster) neben radikaler Arbeitszeitverkürzung durchaus auch eine Kampagne für Existenzgeld beitragen- allerdings lediglich als Anhängsel der wertkritischen Aufhebungsbewegung und vor allem unter der Betonung, daß ein Existenzgeld so nie auf Dauer existieren wird, daß solange der Warentausch seinen Reichtum noch hervorbringt, aber möglichst viele daran teilhaben und so vom Zwang zur Lohnarbeit tendenziell freigestellt sein sollten. Das heißt Arbeitszeitverkürzung und Existenzgeld stellen Instrumente dar, um vorübergehend innerhalb der Warengesellschaft Freiräume für das angestrebte emanzipatorische Experimentieren mit anderen Tätigkeitsformen herzustellen. Sie selbst öffnen in keiner Weise antikapitalistische Perspektiven.

Innerhalb der disponiblen Zeit muss es gelingen, die Vereinzelung bzw. das Gegenüber von konsumgeprägter Freizeit und Lohnarbeit zu überwinden und lustvoll Stück für Stück die alltägliche Reproduktion den ohnehin versagenden Verteilungsmedien Staat und Markt zu entziehen. Grundlage ist die Annahme, daß Menschen keinswegs immer dann faul und unproduktiv sind, wenn sie nicht unter der einen oder anderen Form des Zwanges stehen. Selbstverständlich ist es richtig, daß mit Sicherheit nicht alle Produktionsmittel, die heute existieren, durch Selbstbetätigung, das heißt durch selbstbestimmte und erfüllende Tätigkeiten, benutzt werden können -selbst dann nicht, wenn Arbeitsrhytmus und -umwelt massiv verändert werden. Daher gilt es auszuprobieren, wo wir schon heute durch freie Kooperation die Lohnarbeit zurückdrängen können und wie sich mit dem heutigen technischen Wissen

Produktionsmittel entwickeln lassen, die nicht den Maßstäben der Verwertung, sondern den jeweiligen Bedürfnissen in der Selbstbetätigung entsprechen.
Hiergegen fallen mir zwei mögliche Einwände ein: Der eine könnte sein, daß der Praxisvorschlag, in kleinen unbezahlten Projekten zusammenzuarbeiten keineswegs neu ist: Instandsetung besetzter Häuser, selbstverwaltete Jugendzentren, unbezahlte Kneipenarbeit und ehrenamtliche Zeitungsredaktionen gibt es in der Linken schon lange. Neu könnten daran allerdings zum einen die Rahmenbedingungen sein bzw. werden. Ohne daß ein Bewußtsein über die Krise der Warengesellschaft verbreitet ist, so ist das Gerede vom „Ende der Arbeitsgesellschaft" doch in aller Munde. Die Suche nach Tätigkeiten, die nicht von der ökonomischen Rationalität bestimmt sind, könnte zukünftig also mehr werden als die Selbstverwirklichung von Subkulturen. (Positive Ansätze sind teilweise (!) in Projekten des sogenannten „dritten Sektors" zu finden- wobei es selbstverständlich nicht unsere Sache sein kann, Produktionsformen jenseits der Lohnarbeit dauerhaft auf den dritten Platz zu verweisen.) Darüberhinaus könnte eine theoretische Konfliktformulierung der Wertkritik das ohnmächtige Für und Wider zwischen den bisher scheinbar einzig möglichen Alternativen Neoliberalismus und Keynesianismus ablösen und es zu einer zentralen Frage machen, ob der Wert zukünftig fähig und auch geeignet ist, die menschlichen Tätigkeiten zu bestimmen. Der alltäglichen Projektarbeit könnte so eine theoretische und politische Einbettung gegeben werden. Diese könnte zum anderen auch Anlaß sein, Tätigkeiten nicht nur aus Geldmangel oder mangelndem Marktwert unbezahlt zu lassen. Ganz bewußt könnte versucht werden, Lohnarbeit überflüßig zu machen.

Sowohl die theoretische Fundierung als auch die Ausdehnung auf bisherige Lohnarbeitssektoren würden eine praktische Wertkritik von konservativen Vorschlägen zur Bürgerarbeit unterscheiden, zu der es dennoch Überschneidungen geben könnte und die zumindest implizit auf die Krise der Warengesellschaft hinweist -freilich ohne diese überwinden zu wollen.
Eine öffentliche Konfliktformulierung könnte auch einen zweiten möglichen Einwand überflhßig machen, nämlich daß der Versuch, einzelne Sektoren der Reproduktion in Selbstorganisation zu übernehmen, der einen Rückzug in Szene-Nischen bedeuten würde.
Auch wennn dieser Versuch in eine theoretisch fundierte Strategie eingebettet ist, ist es selbstverständlich lächerlich, in jedem selber eingeschlagenen Nagel ein Moment des Kommunismus (im Sinne einer freien Assoziation freier Menschen) ausmachen zu wollen. Im Grunde muß angesichts der derzeitigen Kräfteverhältnisse jede Aktivität der radikalen Linken im Vergleich zu einer gesamtgesellschaftlichen Theorie lächerlich wirken. Daß dem bisher häufig nicht so war, dürfte auch an der Selbstüberschätzung der radikalen Linken gelegen haben. Andererseits geht es in diesem Fall aber auch gerade darum, Lohnarbeit durch Tätigkeiten überflüßig zu machen, die ein Genuß sind, also auch Selbstzweck sein könnten. Insofern muß nicht jede im Sinne der Wertkritik sinnvolle Tätigkeit auch auf der politischen Ebene Resonanz finden. Trotzdem könnte der Versuch, die Vereinzelung zu überwinden und sich selbst bzw. sich gemeinsam Wissen und Fähigkeiten anzueignen sowie die nötigen Ressourcen und Freiräume dafür zu erkämpfen, in den nächsten Jahren/Jahrzehnten antikapitalistische Perspektiven öffnen. Alltägliche Tätigkeiten könnten mit politischen Kämpfen und theoretischer Kritik verknüpft werden.

Tom Clark



Der Bio-Kaffee-Skandal

MEXICO KAFFEE

Mexiko: TRANSFAIR-Kaffee aus schmutzigem Anbau – Aufstandsbekämpfung mit Biokaffeegenossenschaften in Chiapas

In hiesigen Bioläden wird Kaffee der Kooperative Otilio Montanõ (UDEPOM) verkauft, die auf's Engste mit der chiapanekischen Organisation SOCAMA verflochten ist. Letztere wird von mexikanischen Menschenrechtsgruppen und der Presse als „Nährboden" der Todesschwadron „Paz y Justicia" qualifiziert, die für über 300 Todesopfer und mehrere tausend vertriebene LandbewohnerInnen verantwortlich gemacht wird. Der Kaffee wird ökologisch durch Naturland zertifiziert und auf den Kaffeetüten wird mit dem TRANSFAIR-Siegel geworben.

Auf immer mehr Lebensmittelverpackungen prangt das *TransFair*-Siegel. Dieses Siegel steht für die Idee, mehr soziale Gerechtigkeit für kooperative ProduzentInnen in Entwicklungsländern zu erreichen. Ein aktueller Anlaß zeigt jedoch deutlich, daß kooperativ produzierter Kaffee nicht automatisch „fair" ist. Der von TRANSFAIR zertifizierte „Mexiko-Kaffee" der Firma *Lebensbaum* – ein hochwertiger Bio-Kaffee, der in Deutschland immerhin für DM 30,– pro Kilo an gutgläubige VerbraucherInnen verkauft wird – stammt von dem Genossenschaftsverband *Otilio Montaño* (UDEPOM), mit Sitz in Motozintla, Chiapas. Dieser wird wegen seiner zentralen Rolle im Aufstandsbekämpfungskonzept von der mexikanischen Regierung bevorzugt gefördert. Konkret: Diese Genossenschaft ist personell und ökonomisch Teil der regierungstreuen chiapanekischen Verbandes *„Solidaridad Campesino Magisterial"* (SOCAMA), als deren paramilitärischer Arm die Organisation „Paz y Justicia" gilt, die seit 1995 tausende andersdenkende Bauern und Bäuerinnen vertrieben, deren Kaffeepflanzungen zerstört, deren Ernte geraubt hat und auch vor Vergewaltigungen und Massakern nicht zurückschreckt. Menschenrechtsgruppen wie das *Centro de Derechos Humanos Fray Bartolomé de la Casas* schätzen die Zahl der Opfer von „Paz y Justicia" auf über 300 Menschen. Die SOCAMA finanziert sich durch staatliche Unterstützungen genauso wie durch Beiträge ihrer Mitgliedsgenossenschaften.

Die Kooperative Otilio Montaño – UDEPOM

Eine dieser Genossenschaften ist der Kaffeeanbau-Verband *Unión de Ejidos Profesór Otilio Montaño* (UDEPOM) im chiapanekischen Landkreis Motozintla. Der Umsatz liegt bei ca. 3,5 Millionen DM für geschätzte 920 t Biokaffee. Davon werden 70% nach Europa exportiert, der Rest in die USA und nach Japan.

Seit der provisorischen Aufnahme in das *FLO*-Register Mitte 1996 trägt der Kaffee das *„TRANSFAIR"*-Siegel, seine Öko-Qualität wird durch den deutschen Bio-Anbauverband *Naturland* zertifiziert und von der Finca Irlanda kontrolliert. In Deutschland wird der Kaffee von der Firma *Lebensbaum*, Diepholz, über Naturkostläden vermarktet. Darüber hinaus unterstützt die *Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit* (GTZ) des deutschen Entwicklungshilfeministeriums die Vermarktung weiterer ökologischer Produkte der UDEPOM über ihr *GreenTrade-Net*.

Die UDEPOM ist nicht nur irgendeine Kooperative, die zufälligerweise der SOCAMA angehört. Das zeigt sich schon daran, daß neben *Manuel Hernández Gómez*, einem der Führer der SOCAMA und PRI-Abgeordneten im mexikanischen Bundesparlament, die UDEPOM weitere hochrangige SOCAMA-Funktionäre stellt. So z.B. einen ihrer Regionalkoordinatoren, der nach Angaben der mexikanischen Presse im Juli 1998 in dieser Funktion an Verhandlungen mit dem Ministerium *SEDESOL* teilnahm, bei denen es u.a. um die Mittelvergabe an „Paz y Justicia" und um „die Priorität der SOCAMA in Chiapas" ging. Angesichts dieser engen Verflechtungen verwundert es nicht, daß der mexikanische Präsident *Zedillo* alleine im Jahre 1998 zwei Mal mit Vertretern von Otilio Montaño zusammengetroffen ist. Die SOCAMA genießt Priorität - deshalb beklagte der Vorsitzende der mexikanischen Kaffeeproduzentenvereinigung CNOC jüngst, daß praktisch nur noch die SOCAMA und insbesondere UDEPOM in den Genuß staatlicher Unterstützung kämen.

SOCAMA – der Nährboden für Paramilitärs

Die „Lehrer-Bauern-Solidarität" (SOCAMA) wurde 1988 von ehemaligen maoistischen Lehrern gegründet und zählt heute mit 30.000-50.000 Mitgliedsfamilien zu den größeren Produzentenverbänden in Chiapas. Sie verfügt über einen enormen ökonomischen und politischen Einfluß und steht in engster Verbindung zur mexikanischen Regierungspartei PRI. Für diese stellt sie Abgeordnete im Parlament von Chiapas und im mexikanischen Bundesparlament. So zum Beispiel den bereits erwähnten *Manuel Hernández Gómez*, der im mexikanischen Bundesparlament auch Vorsitzender des Ausschusses für Wälder und Regenwälder ist. Sein Bruder Silvano wurde als Stadtkämmerer von San Juan Chamula beschuldigt, im April 1998 im großen Stil die Versorgung paramilitärischer Gruppen mit Waffen organisiert zu haben. Gründer und General von „Paz y Justicia" ist der Schuldirektor *Samuel Sánchez Sánchez*, ein weiterer SOCAMA-Funktionär, der bis zum Ablauf seiner Wahlperiode 1998 für die PRI im Parlament des Bundesstaates Chiapas saß.

Durch die engen Verflechtungen mit der Regierungspartei, die bis in den Beraterstab des mexikanischen Präsidenten Zedillo reichen, ist es der SOCAMA in den letzten Jahren gelungen, Millionensummen nationaler und internationaler Entwicklungsgelder für ihre Projekte zu kanalisieren.

„Paz y Justicia"

Seit ihrer Gründung im April 1995 überzieht die Todesschwadron „Paz y Justicia" („Frieden und Gerechtigkeit"!) die Nordregion von Chiapas mit einem Netz des Terrors. Diese Paramilitärs agieren ganz offen als „Staat im Staate": sie errichten Straßensperren, treten teilweise in Polizeiuniformen auf und sind an Razzien der staatlichen Unterdrückungsorgane beteiligt. Der Terror der Gruppe richtet sich in erster Linie gegen alle, die sie für AnhängerInnen der EZLN-Zapatistas, Mitglieder der Oppositionspartei PRD oder Laien-prediger der Diözese von San Cristobál halten. Finanziert wird die technisch hochgerüstete Gruppe u.a. aus staatlichen Fördergeldern in Höhe mehrerer hundertausend DM. Sie agiert unter Bedingungen nahezu vollständiger Straffreiheit, bis vor kurzem u.a. abgesichert durch den ehemaligen Generalstaatsanwalt von Chiapas, *Jorge Henrique Hernández Aguilar*, einem Mitbegründer der SOCAMA. Gegen ihn wird wegen des Verdachts der Beteiligung am Massaker von *El Acteal* ermittelt. In Acteal waren am 22. Dezember 1997 45 Kinder, Frauen und Männer unter den Augen des Militärs von Todesschwadronen ermordet worden. Sie waren Mitglieder der bäuerlichen Gemeinschaft *Las Abejas*, die 1992 die SOCAMA verlassen und diese öffentlich kritisiert hatte. Seither wurden fast 200 Ermittlungsverfahren gegen PRI-Politiker, ehemalige Militärs und Polizisten sowie Paramilitärs eingeleitet; unter ihnen zahlreiche Mitglieder der SOCAMA.

Der blutige Kampf um den Bio-Kaffee

Mexikanische Menschenrechtsgruppen bezeichnen die SOCAMA als Schlüsselfaktor des Aufstandsbekämpfungskonzeptes der mexikanischen Regierung gegen die Rebellion der indigenen Bevölkerung in der Folge des zapatistischen Aufstandes seit Anfang 1994.

Während die Armee die ZapatistenInnen der EZLN und die aufständischen Gemeinden militärisch eingekreist hat, hat sich in den Landkreisen außerhalb der Kernzone ein „Krieg niedriger Intensität" entwickelt. Eine Doppelstrategie aus paramilitärischem Terror einerseits und sozialer Spaltung durch gezielte Kanalisierung von Fördermitteln über regierungsnahe Organisationen andererseits. Regierungsunabhängige Produzentenvereinigungen, wie die Kaffee-Kooperative *Majomut* (ebenfalls TRANSFAIR-Partnerorganisation) werden ökonomisch liquidiert, der geraubte Kaffee dient – so betroffene Bauern – mit zur Finanzierung von Waffenkäufen der Paramilitärs: „Der Kampf um den biologischen Kaffee", heißt es in einem mexikanischen Zeitungsbericht, „ist blutig entbrannt".

FLO: Neutral bei der Austandsbekämpfung?

Im Dezember 1998 baten wir *TRANSFAIR*, Köln, um eine Stellungnahme zu dem von uns vorgelegten Material. Geantwortet hat uns darauf die *Fair Trade Labelling Organizations International* (FLO), der internationale Dachverband aller fairen Handelsorganisationen. Es wurde zugegeben, daß der FLO „Gerüchte um die politischen Verflechtungen rund um die UDEPOM" bekannt seien. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, daß aufgrund der „angespannten politischen Situation (...) die Arbeit als Zertifizierer enorm behindert" sei, da „derzeit keine Arbeitserlaubnis für die (...) Vor-Ort-Inspektionen in Chiapas" ausgestellt würde. Dennoch wolle man im Laufe des Jahres 1999 zu einer Entscheidung über den Status von Otilio Montaño kommen. Angesichts der Funktion „gewisser Gruppen", die „von der Regierung als Inseln der Stabilität benutzt werden, um übergeordnete Interessen des Staates in Chiapas durchzusetzen", behalte man sich vor, „eine *neutrale Position* zu beziehen". Eine in unseren Augen mehr als bedenkliche Neutralität, zumal zum gleichen Zeitpunkt Mitglieder einer anderen FLO-Partnerorganisation in Chiapas von Paramilitärs gewaltsam um ihre Ernte gebracht werden!

Unsere Forderungen

Angesichts der aufgedeckten Verflechtungen stellt sich die Frage, ob nicht diejenigen Firmen, die Erlöse aus der Vermarktung des UDEPOM-Kaffees erzielen – wissentlich oder unwissentlich – die Aufstandsbekämpfung der mexikanischen Regierung und ihre „Inseln der Stabilität" mitfinanzieren. Und mit ihnen die arglosen KonsumentInnen.

Wir fordern deshalb

- TRANSFAIR, Naturland und die GTZ auf, sofort alle Beziehungen zu den SOCAMA-Anbauvereinigungen abzubrechen, dem UDEPOM-Kaffee das TRANSFAIR-Siegel zu entziehen und sicherzustellen, daß keine weiteren SOCAMA-Produkte vermarktet werden,
- eine bessere Kontrolle und eine Überarbeitung der Zertifizierungskriterien seitens TRANSFAIR und Naturland, um sicherzustellen, daß in Zukunft keine Produzentenvereinigungen mehr zertifiziert werden, die im Zusammenhang mit menschenrechtsverletztenden Strukturen stehen,
- mehr Transparenz seitens TRANSFAIR und Naturland: Auf der Verpackung jedes zertifizierten TRANSFAIR-Produktes soll seine genaue Herkunft kenntlich gemacht werden. Das TRANSFAIR-Kaffeeregister soll wieder öffentlich zugänglich gemacht werden,
- die Offenlegung sämtlicher Dokumente der FLO-Untersuchung über Otilio Montaño sowie des Abschlußberichtesr dieses Jahres.

Es muß Aufgabe von TRANSFAIR sein, der Öffentlichkeit alle relevanten Informationen ihrer Partnerorganisationen zur Verfügung zu stellen; es ist nicht – wie von TRANSFAIR geäußert – die Aufgabe der KonsumentInnen, sich diese irgendwie zu beschaffen.

Stoppen wir die Unterstützung der Paramilitärs in Chiapas!

Chiapas Kaffee-Kampagne, c/o Infoladen, Dahlweg 64, 48153 Münster
e-mail: kaffee@list.free.de und ab Mitte Februar '99 im Internet unter www.fau.org/kaffee
V.i.S.d.P.: Manuel Hernández Gómez, Col. El Parque, 15969 Mexiko, DF; Fax: 0052-5-420-7444

Kritik am bundesweiten linksradikalen Treffen gegen den WWG/EU-Gipfel

1.Einleitung

Da es für uns nicht möglich war unsere Position klar auf den dem Treffen zu vermitteln versuchen wir dies hier noch einmal öffentlich. Danach gehen wir weiter auf die Kritik an bestimmten Gruppen im "Bündnis", deren Dominanz, wie von diesem Treffen bzw. einzelnen Gruppen Entscheidungen getroffen werden und auf einen Kompromisvorschlag der keiner war ein. Wir versuchen mit der Darstellung unserer Position anzufangen bzw. die Ereignisse auf dem Treffen wiederzugeben woraus sich unsere Hauptkritik ableitet.

2.Unsere Position zum Zeitpunkt des Gegenkongreß

Was jetzt feststeht und anscheinend auch schon davor (ohne die Zustimmung der anderen Gruppen des bundesweiten Treffens) feststand ist, das der linksradikale Gegenkongreß am 3.6./4.6. (Demo 3.6.99) stattfindet. Unsere Meinung dazu ist weiter, das wir am Zeitpunkt dieses Termins keinen Sinn für einen Gegenkongreß mit dem Ziel einer europaweiten Vernetzung, die sich in den kommenden Jahren als handlungsfähige Struktur etablieren soll, sehen. Uns wäre es um einen Austausch mit anderen fortschrittlichen "europäischen" Gruppen gegangen (in der Hoffnung das sich daraus bleibende Kontakte entwickeln). Wir gehen momentan davon aus das der Großteil der europäischen/internationalen Gruppen[1] die für uns interessant wären zum 29.5. (BündnissKöln99/Euromarsch-Demo) mobilisieren (alleine schon weil der 29.5. ein Wochenende ist und der 3.6./4.6. ein Do./Fr.).

Wir denken das gerade das Forum 2 (Rassismus/Migration), an dem wir uns beteiligen wollen (wenn es in unserer AG konsens ist) für den 29.5./30.5. geeigneter wäre, da die meisten antirassistischen Initiativen und MigrantInnengruppen an diesen Tagen in Köln sein werden. Wir haben keine Lust auf einen voraussichtlich größtenteils von (weißen) deutschen dominierten linksradikalen Gegenkongress. Wir halten am linksradikalen Demotermin (3.6.) fest und finden es auch weiter sinnvoll zu diesem Termin zu mobilisieren, weil wir es wichtig finden während dem EU-Gipfel zu demonstrieren. Worum es uns gegangen ist war den Gegenkongress vorzuverlegen (was aber nicht mehr möglich war; dazu später). Wir hätten dies auch aus anderen Gründen als sinnvoller erachtet:

a) Wir haben keine Lust an den Tagen, an denen der Eu-Gipfel tagt, an einem Gegenkongreß teilzunehmen. An diesen Tagen sollen Aktionen laufen und die Menschen die nach Köln kommen auf der Straße präsent sein!

b) Wir gehen davon aus das es durchaus zu Massenfestnahmen kommen kann und deshalb der Gegenkongreß zu diesem Zeitpunkt keinen großen Sinn macht.

3.Warum es nicht möglich war unsere Position zu Vermitteln

Wir und andere Delegierte wurden bei dem Versuch der Vermittlung unserer Positionen durch die Redeleitung (Delegierter von Perspektive; Bremen) durchgehend abgeblockt. Falls es möglich war Teile von unserer Meinung zu vermitteln wurden sie teilweise auf eine total ätzende Art kommentiert oder abgewertet. Wir haben es nicht geschafft unsere Position während der Diskussion verständlich zu vermitteln. Alleine schon das sollte auch anderen Gruppen zu Denken geben.

4. Warum es nicht möglich war den Gegengipfel vorzuverlegen/ Entscheidungsmacht einzelner Gruppen

Bei der Diskussion um die Vorverlegung des Gegenkongresses kam es nach einer ersten Abstimmung über diesen zu einem Ergebnis von 21:21 Stimmen (wobei wir von Abstimmungen sowieso nicht viel halten). Vor dieser Abstimmung gab es eine längere Diskussion für und gegen den Termin am 3.6/4.6. die mann/frau sich eigentlich hätte sparen können. Denn kurz nach der Diskussion kam der Einwand von einem Vertreter der Ökologischen Linken, daß es aus organisatorischen Gründen gar nicht mehr möglich ist den Gegenkongreß vorzuverlegen[2]. Wir verstehen nicht ganz wie so eine Entscheidung ohne Rücksprache mit den anderen, zu dem Zeitpunkt, am bundesweiten Linksradikalen Treffen beteiligten Gruppen zustande kommen konnte. Die Vorverlegung des EU-Gipfels wurde erst zwischen dem letzten und vorletzten bundesweiten Treffen bekannt. Folglich hätten alle am letzten bundesweiten Treffen beteiligten Gruppen gemeinsam entscheiden müssen wie damit umgegangen wird. Soweit wir mitbekommen haben ist die Ökologische Linke dafür verantwortlich (Falls noch andere Gruppen dafür Verantwortlich sind sollen sie sich hiermit angesprochen fühlen). Wir verstehen nicht ganz wie sich eine oder mehrere wenige Gruppen das Recht rausnehmen können über andere Gruppen hinweg Entscheidungen zu fällen. Für was wurde das bundesweite Treffen dann überhaupt ins Leben gerufen? Warum bereitet ihr die Demo und den Rest nicht alleine vor ??.

5.Und wie alles weiterging oder: ein Kompromißvorschlag der keiner war

Nach der Pause schlug die Redeleitung (Perspektive; Bremen) einen Kompromißvorschlag vor, den sie sich (mit anderen Menschen zusammen?) überlegt hatte. Dieser lautete so: Wir (das Linksradikale bundw.Tr.) rufen zu einer Beteiligung an der 29.5.-Demo auf (die AA/BO mobilisiert jetzt dort zu einem europaweiten Antifablock hin statt wie ursprünglich zum 3.6.) und beteiligen uns inhaltlich an einer Veranstaltung der AA/BO (am 29.5). Uns, und so wie wir das mitbekommen haben, ging es auch anderen Gruppen ganz klar um die Vorverlegung des Gegenkongresses. Wo sieht der Vertreter von Perspektive überhaupt einen Kompromiß in diesem Vorschlag? Und wie soll die Beteiligung an der Veranstaltung der AA/BO überhaupt aussehen. Dazu kommt das wir noch nicht einmal wissen ob die AA/BO eine Veranstaltung mit uns zusammen machen will (geschweige denn in wie weit wir und andere Gruppen überhaupt was mit der AA/BO zusammen machen wollen).Wir sehen dies als Pseudoersatz für einen (vorverlegten) Linksradikalen Gegenkongreß mit besseren Ausgangsbedingungen für eine internationale Beteiligung emanzipatorischer Gruppen. Wir können uns nicht vorstellen wie im Rahmen einer Abendveranstaltung ein europaweiter/internationaler Austausch mit längerfristiger Vernetzungsperspektive aussehen soll. Danach kam es nach längeren rhetorisch gut gehaltenen Reden (betrifft nicht den Inhalt) von der Redeleitung und diverser VertreterInnen der Ökologischen Linken zu einer erneuten Abstimmung mit dem Ergebnis von ca. 2/3 zu 1/3 für den Kompromißvorschlag. Wir sehen darin eine reine Kampfabstimmung die von mehreren Gruppen dominiert wurde und die wir so nicht akzeptieren. Wir denken auch das mann/frau 1/3 von Gegenstimmen der beteiligten Gruppen beachten sollte und weiter hätte an dem Punkt diskutieren müssen. Das war aber anscheinend von einigen dominierenden Gruppen nicht gewollt. Es bringt nichts andere Meinungen wegzustimmen außer neue Fraktionen zu schaffen und eine Spaltung

---

[1] Basisgewerkschaften; autonome,anarchistische,antifaschistische Gruppen; autonome/soziale Zentren; die Karawane der 500 BäuerInnen aus Indien; 100 Menschen der landlosen Bewegung aus Brasilien; antirassistische Gruppen; AC! aus Frankreich,.....

[2] es wurden ohne Absprache mit allen anderen Gruppen Räume angemietet und ReferentInnen eingeladen bzw. Gruppen, die den Gegenkongress vorbereiten dieser Termin als feststehend erklärt

voranzutreiben. Es blieb weiterhin unklar, ob es eine eigene Veranstaltung (am 29. od. 30.5.) oder eine gemeinsame Veranstaltung mit der AA/BO (wenn die AA/BO das überhaupt will) geben soll.

6.Dominanz einiger VertreterInnen diverser Gruppen, Redeverhalten, Diskussionklima, Redeleitung

Wir wissen nicht wie es bisher auf den Treffen war, vieles was wir an diesem Treffen mitbekommen haben fanden wir total daneben. Was uns am meisten auffiel war die Dominanz von bestimmten VertreterInnen (Ökoli, Perspektive). Die VertreterInnen dieser Gruppen vereinnahmten bzw. beeinflußten unserer Meinung nach durchgehend die Diskussion für ihre politischen Zwecke. Dies geschah indem die Redeleitung sich durchgehend selbst auf die RednerInnenliste setzte, Positionen die ihr nicht paßten kommentierte und abwertete. Wir denken das eine Redeleitung neutral sein muß und nicht ihre Machtposition für ihr Zwecke ausnutzen darf. Weiter lief, das wir bei bestimmen Diskussionen von der Redeleitung einfach abgeblockt wurden, VertreterInnen von Gruppen deren Positionen der Redeleitung ins Konzept paßten früher dran kamen, und unsere Wortmeldungen zum Teil einfach übersehen wurden. Wir hatten teilweise den Eindruck, daß sich die Delegierten durchsetzten, die rhetorisch besser und lauter reden konnten bzw. bestimmte Positionen überzeugender rüberbrachten. Wir haben keine Lust auf so ein beschißenes Klima in dem sich die Menschen durchsetzten die lauter und öfters reden. Wir haben auch von anderen Menschen die an dem Treffen teilgenommen haben gehört, das sie bei so einem Klima einfach keine Lust mehr haben etwas zu sagen (bzw. sich nicht mehr trauen). Außerdem lief die ganze Diskussion sehr männerdominiert ab (was sicherlich auch stellvertretend für die Situation in vielen gemischten polit. Zusammenhängen steht). Wir bekamen mit das uns während der Diskussion zum Teil durch Stimmungsmache reformismus oder Sympathien zum Euromarsch unterstellt wurden.



7. Unser Verhältnis zum Euromarsch

Da es für uns nicht möglich war unser Verhältnis zum Euromarsch darzustellen machen wir es noch mal hier. Unsere Kritik am (deutschen) Euromarsch ist das sich dessen Politik Hauptsächlich auf Erwerbslosigkeit/Beschäftigungspolitik beschränkt und er versucht andere Gruppen mit seiner Politik zu vereinnahmen. Uns geht es nicht um ein Recht auf Arbeit. Wir haben gar keine Lust auf Arbeit die in irgendeiner Form systemerhaltend ist. Wir wollen ein Leben mit so wenig Arbeit wie nur möglich. Wir sind gegen den Zwang zur Lohnarbeit und wollen diesen angreifen. Wir wollen dieses System nicht, das die Menschen nach ihrer verwertbarkeit beurteilt und diejenigen ausgrenzt, die nicht arbeiten können oder wollen. Der Euromarsch verfolgt die Vorstellung einer sozial abgefederten EU und die Verteidigung des Sozialstaats, der von der kapitalistischen Wirklichkeit längst überholt wurde. **Wir wollen die Zerschlagung dieser und anderer machterhaltender Institutionen!** Wir finden es legitim wenn Menschen versuchen im Rahmen des Euromarsches gegen eine zunehmende Verschlechterung der Lebensverhältnisse zu kämpfen. Uns geht dieser Ansatz allerdings nicht weit genug und sehen das entscheidende gesellschaftliche Widersprüche vom Euromarsch nur am Rande Thematisiert werden (Rassismus, Patriachat, weltweite Ausbeutung,...)

8. Perspektiven

Dieses Kritikpapier sollte nicht insofern mißverstanden werden, daß wir nur abkotzen wollen und nicht zu einer Mitarbeit bereit wären. Wir halten das bundesweite linksradikale Treffen grundsätzlich für sinnvoll und können uns mit einem Teil der anwesenden Gruppen eine konstruktive Zusammenarbeit vorstellen. Wir finden es wichtig, daß eine linksradikale Mobilisierung gegen den EU -und Weltwirtschaftsgipfel läuft, die eine klare Position gegen das Herrschaftsprojekt EU und gegen weltweite imperialistische Ausbeutungsverhältnisse bezieht. Wir finden es genauso wichtig während den Gipfeln auf der Straße präsent zu sein, um den Herrschenden kein perfekt inszeniertes, störungsfreies Gipfelspektakel zu gönnen. Aus diesem Grund werden wir auch zur Demo am 3. 6., während dem EU-Gipfel mobilisieren. Wir denken, daß der Kampf für ein Leben ohne Herrschaft mehr denn je auf internationaler Ebene geführt werden muß und genau dafür ist es wichtig, daß wir mit fortschrittlichen Menschen aus anderen Ländern zusammenkommen und gemeinsam neue Ansätze entwickeln. Genau diese Priorität wurde in den Entscheidungen auf dem letzten linksradikalen Vorbereitungstreffen in Köln vernachläßigt. Wir sollten trotz allem versuchen, für den 3.6./4.6. eine Demo und Aktionen mit starker internationaler Beteiligung hinzukriegen. Das gleiche gilt für den Gegenkongreß am 3. Und 4.6.. Generell fänden wir es wichtig, das sich ein breiteres Spektrum von linksradikalen Gruppen an der Mobilisierungsarbeit und den Gegengipfelvorbereitungen beteiligt. Was ist zum Beispiel mit Antirassistischen Initiativen, MigrantInnengruppen oder dem bisher leider nur schwach vertretenen Antifaspektrum (wie steht es mit den Gruppen vom BAT[3])?...

Wir können uns eine weitere Beteiligung an den bundesweiten Treffen nur vorstellen wenn die Vorwürfe geklärt werden. D.h. das wir mindestens eine Stellungsnahme und Diskussion über die Vorkommnisse erwarten (nicht nur von den dafür Verantwortlichen).

- **Wir fordern hiermit die für die Festlegung des Gegenkongreßtermins verantwortlichen Gruppen auf öffentlich dazu Stellung zu beziehen**
- **Wir fordern die Absetzung der Redeleitung**
- **Wir fordern alle an dem bundesweiten linksradikalen Treffen beteiligten Gruppen auf sich Gedanken über eine "Ersatzveranstaltung" am 29.5. zu machen. Wie könnte darüber hinaus (unter den gegebenen Umständen) ein sinnvoller Austausch mit emanzipatorischen Gruppen aus anderen Ländern laufen? Könnte der Gegengipfel vom BündnissKöln99 Möglichkeiten dafür bieten?**
- **Wir fordern eine Diskussion über die Vorwürfe an dem bundesweiten Treffens**

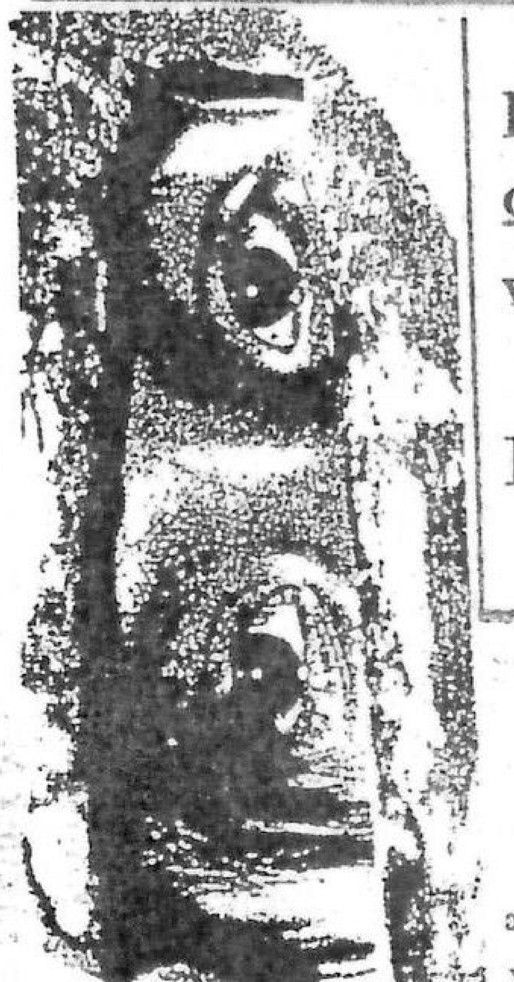
2 Vertreter von Ghostbuster (München)

Postanschrift: GHOSTBUSTERS
Oberföhringerstr. 156
81925 München
e-mail: nopeace99@yahoo.de

[3] BundesweitesAntifaTreffen

Termine Termine Termine Termine Termine





KOMMT ZUR KUNDGEBUNG

GEGEN RASSISTISCHE HETZE IN DEN MEDIEN

vor dem Verlagshaus des *TAGESSPIEGEL*
Potsdamer Str. 77

DONNERSTAG, 18. März 16 Uhr

Was tun?

Da gibt's viele Möglichkeiten: erstmal auf die

"Fiesta Intergalactica"

am Sa, 20.3.99 ab 19 h im Cafe Zapata im Tacheles, Oranienburger Str. 53

Veranstaltung zur von den Zapatisten initiierten Volksbefragung in Mexiko

Eintritt frei

11.3. 19.30 Uhr
Kotti e.V. Adalbertstr. 95a
Vortrag und Diskussion: „Keine Rippe des Che"
Frauen in der Guerilla und im Friedensprozeß

12.3. 19.00 Uhr
Mehringhof Versammlungsraum
Film: „Los de siempre"
Infos zur aktuellen Situation in Guatemala

12.3. 21.00 Uhr
Rigaerstr.94
Soliparty: für Prozeßkosten

12.3. 21.00 Uhr
Köpi 137
Solikonzert für Michal Patera: „Toxic Bonkers" und „3rd Degree"

13.3. 10.00- 18.00 Uhr
Stadtteilladen Zielona Gora
Tagesseminar für Frauen: „Der Kampf der Frauen in der guatemaltekischen Befreiungsbewegung und im Friedensprozeß"

13.3. 22.00 Uhr
Yorckstr. 59
Tanzparty: 10 Jahre und ein bißchen ...

13.3. 23.00 Uhr
Samariterstr. 32
Soliparty: „Reclaim the Streets"

14.3. 20.00 Uhr
A 6 Laden, Adalbertstr. 6
Film: „Das Boot ist voll und ganz gegen Rassismus"

15.3. 21.00 Uhr
Bandito Rosso Atomic Cafe
Film: „Uranium - Uranabbau in Kanada"

16.3. 19.00 Uhr
Fischladen, Rigaerstr.83
Infoveranstaltung zur Situation von AntifaschistInnen in Tschechien und zur Anarchoszene in Tschechien und der Slowakei

17.3. 16.00 Uhr
Breitscheidplatz
Taxikundgebung gegen das Vorgehen von BGS und Justiz gegen TaxifahrerInnen, denen das „Einschleusen von Ausländern" vorgeworfen wird

17.3. 20.00 Uhr
Drugstore, Potsdamerstr.180
Videoabend: Ein Film von und über Frauen aus dem uruguayischen und deutschen Widerstand

18.3. ??? Uhr
Mittendrin (Neuruppin)
EA-Veranstaltung: Infos zum Verhalten auf Demos und zur Aussageverweigerung

18.3. 16.00 Uhr
vor dem Verlagshaus des Tagesspiegel, Potsdamer Str.77
Kundgebung: „Gegen rassistische Hetze in den Medien"

19.3. 19.00 Uhr
Mehringhof Versammlungsraum
Film: „Martxa Eta Borroka"
Dokumentarfilm über die verschiedenen Ebenen des baskischen Widerstandes. Anschließend: Infos und Diskussion

19.3.-21.3.
FelS: Arbeitskonferenz für Existenzgeld und eine radikale Arbeitszeitverkürzung
19.3. 19.00 Uhr Audimax der Humboldt-Uni
Podiumsdiskussion
20.3. 9.30-19.00 Uhr Mehringhof
Arbeitsgruppen
ab **21.00 Uhr** Party im EX
21.3. 9.30 Uhr Mehringhof Abschlußdiskussion

21.3. 13.00 Uhr
Spreewaldplatz
Demonstration: „Gleiche Rechte für alle - gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit!"

21.3. 19.30 Uhr
Mehringhof Blauer Salon
Antisexistisches Handeln organisieren - offenes Treffen zu Pornographie, sexuelle Gewalt und gemischte Kampagne

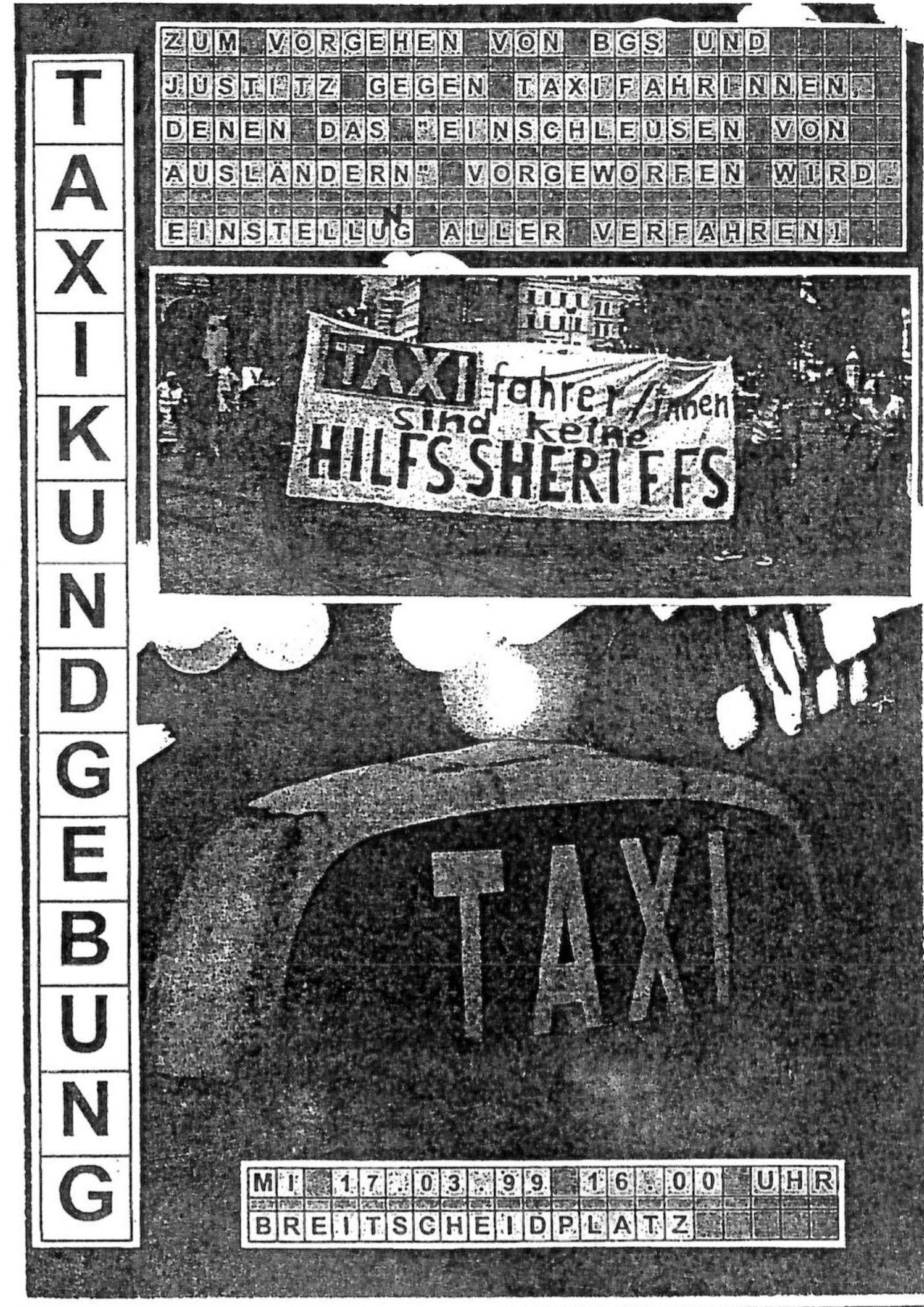
21.3. 16.00 Uhr
EX
Aufführung für Erwachsene und Kinder: „...wie es mit den Sieben Zwergen weiterging, nachdem der Prinz mit Schneewitchen von dannen zog!"

21.3. 18.00 Uhr
Mehringhof Versammlungsraum
Jost Müller stellt das Buch von Theodor W. Allen vor: „Die Erfindung der weißen Rasse - rassistische Unterdrückung und soziale Kontrolle"

22.3. 21.00 Uhr
Bandito Rosso Atomic Cafe
„Frauen und Islam" - Vortrag und Diskussion mit Fatiah Mekarnia zur Situation von Frauen in Algerien

24.3. 19.00 Uhr
Mehringhof Versammlungsraum
Film: „Der Aufstand"
Dokumentarfilm über die besetzten Gebiete in Palästina. Anschließend: Diskussion und Infos

24.-25.3. EU-Gipfel in Berlin verhindern, stürmen, stören... Tagungsort: Hotel Intercontinental



Konferenz

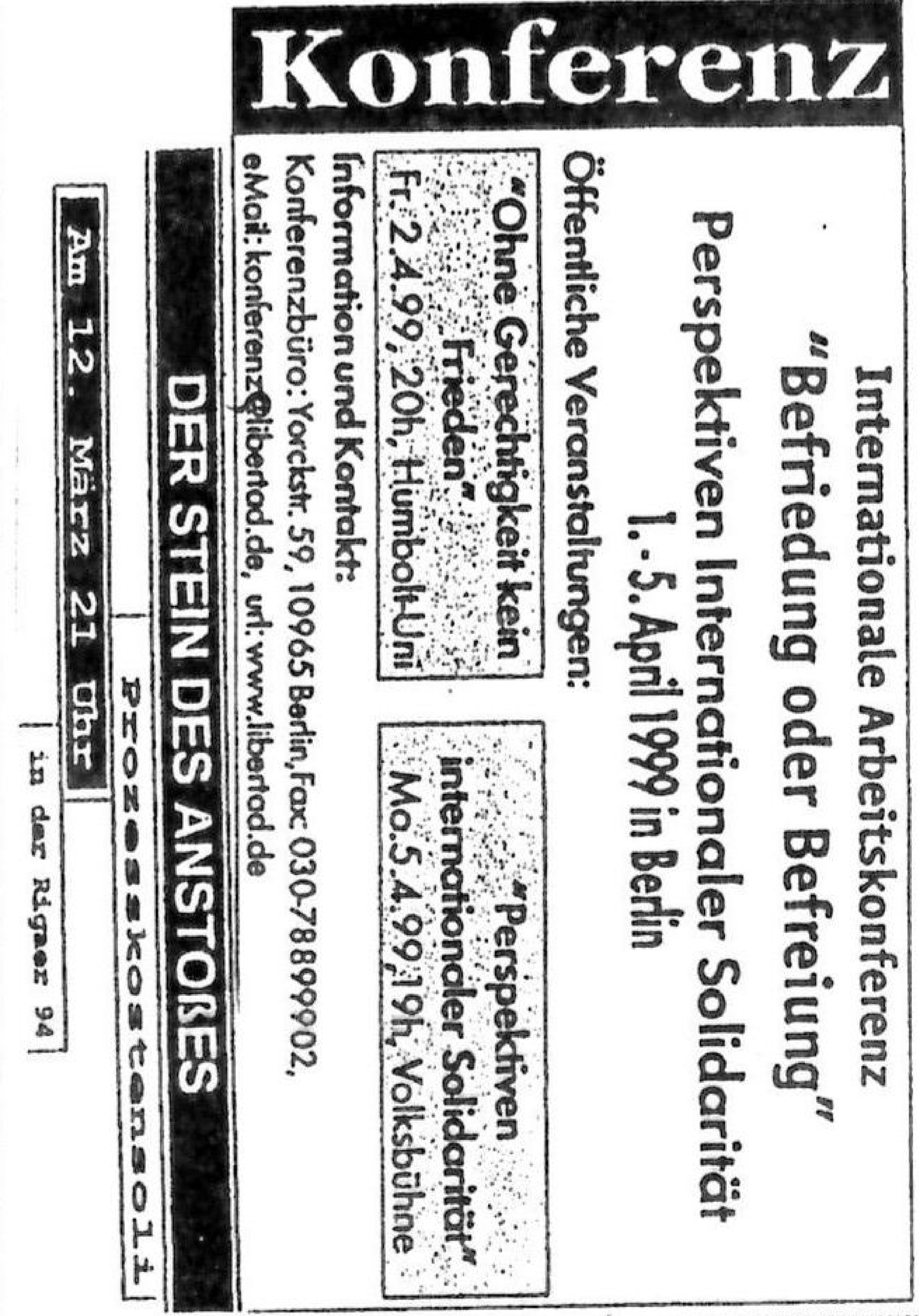
Perspektiven Internationaler Solidarität



Internationale Arbeitskonferenz "Befriedung oder Befreiung"

1. - 5. April 1999

Ostern 1999, an vier Tagen wird es in Arbeitsgruppen und Diskussionsveranstaltungen um gegenseitige Information + Fragen der Solidarität gehen: Politische Gefangene in Friedensverhandlungen, im Krieg, nach Militärdiktaturen, in den Industriemetropolen. Wie ist ihre Lage und was ist zu tun? Was ist die Antwort auf die Zerstörung von Würde und Identität? Was ist Moral und was ist Recht? Was verlangt internationale Solidarität heute?



Aufführung
21.3.99 16⁰⁰ im EX
im Rahmen des Kindertages von 14⁰⁰-18⁰⁰
natürlich rauchfrei!

... wie es mit den Sieben Zwergen weiter ging, nachdem der Prinz mit Schneewittchen von dannen zog!

Ein Trauerspiel in zwei Akten

Für Erwachsene und Kinder




TANZPARTY
13. März '99
10 Jahre
22.00
und ein Bißchen...
Yorckstraße
Aufzug
Bus: (N)119; 219 U-Bahn: Yorckstraße (U7)